

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 2 Mal und ist durch die Expedition, Kreuz-Str. 10/11, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Bande 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, mit Post am 1. Dez. M. 2.92, bei keine Post am 1. Dez. M. 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren beträgt für die einseitige Anzeigenspalte oder deren Raum 25 Pfennige. für zweifach, dreifach und vierfach 35 Pfennige. für sechs- bis achtseitige Anzeigen 45 Pfennige. für sonstige Anzeigen 55 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis Freitag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 3.

Donnerabend, den 4. Januar 1908.

19. Jahrgang.

Arbeiter, Parteigenossen und Genossen!

Der preussische Landtag wird sich am 10. Januar mit der Abänderung des elenden Dreiklassenwahlrechts beschäftigen. Damit ist auch die Regierung gezwungen, eine Erklärung darüber abzugeben, ob die große Masse des arbeitenden Volkes noch länger entrechtet bleiben soll. Das Volk selbst muß vorher abermals in eindringlichster Weise seine Stimme erheben und deutlich und unzweideutig sagen, was es will. Es finden deshalb in Breslau

**Donnerstag, den 9. Januar er.,
Abends 8 Uhr:**

10 Massen-Versammlungen

mit freier Diskussion

in folgenden Sälen statt:

- Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.
- Deutscher, Hubenstraße 50.
- Königsgrund, Lohstraße 45/47.
- Milde, Gräblichenerstraße 74.
- Kronprinz, Kurzeasse 50/52.
- Schweizerhof, Schweizerstraße 23.
- Balhof, Schießwerderplatz 12.
- Bergkeller, Kleischlaustraße 32.
- Fürstentronen, Fürstenstraße 32.
- Scala, Nikolaistraße 27.

Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet:

„Die Entscheidung im Kampfe nur das freie Wahlrecht für Preußen!“

Parteigenossen! Kämpft für diese Demonstration, agitiert überall mit Eifer, daß die Schmach des Landtagswahlrechts jedem Preußen zum Bewußtsein kommt und der Versammlungs-Protest ein gewaltiger wird. Der Landtag soll die Stimme des Volkes diesmal direkt hören!

Auf zum Wahlrechtskampf!

Die 169.

Es war dem russischen Machthaber Stolypin vorbehalten geblieben, nach der Abschichtung der sozialdemokratischen Ankläger aus der zweiten Duma auch die Ankläger aus der ersten Duma und damit eine ganze Volksvertretung auf die Anklagebank zu bringen. Allerdings hat er sich getäuscht: Seine Hoffnung, die 169 Abgeordneten ein für allemal unschädlich zu machen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Nicht einmal dieses Gericht, sonst gärentreu bis auf die Knochen, hat es gewagt, durch ein Muturteil a la Riga und Odessa die Schande Rußlands noch mehr zu unterstreichen. Es hat, wie die „Volkswacht“ kurz mitgeteilt, sich damit „begnügt“, insgesamt 501 Monate Gefängnis über 167 von den 169 Angeklagten zu verhängen.

Der Prozeß hat eine interessante Vorgeschichte, an die hier zum besseren Verständnis der neueren Vorgänge kurz erinnert sei.

Nachdem am 21. Juli 1906 die erste Reichsduma aufgelöst worden war, und zwar in willkürlicher Weise durch förmliche Schließung der Türen des Taurischen Palastes, des Sitzungssaales der Duma, begaben sich etwa 200 Abgeordnete nach Wiborg in Finnland, um darüber zu beraten, was sie gegenüber dem unerwarteten und gewaltsamen Vorgehen tun sollten. Das Ergebnis dieser Beratungen war ein Aufruf „An das Volk von den Volksvertretern“, in dem kurz erwähnt wurde, was die Abgeordneten für die ganze arbeitende Bauernschaft zu tun beabsichtigt hätten und dann wurde darauf hingewiesen, daß die Regierung die sieben Monate, welche bis zu den nächsten Wahlen verfließen sollen, dazu benutzen werde, sich eine gefällige Duma zu verschaffen, um schließlich, wenn es ihr gelinge, die Volksbewegung zu unterdrücken, gar keine Duma mehr einzuberufen. Dann heißt es wörtlich weiter:

Bürger! Trete standhaft für die vergewaltigten Rechte der Volksvertretung, standhaft für die Reichsduma ein! Nicht einen einzigen Tag lang darf Rußland ohne Volksvertreter bleiben. Ihr habt ein Mittel hierzu: Eine Zustimmung der Volksvertretung hat die Regierung nicht das Recht, Steuern einzutreiben und Steuern auszuheben. Daher habt ihr das Recht, jetzt wo die Regierung die Reichsduma entlassen hat, wieder Soldaten noch Geld herzugeben. Sollte die Regierung, um sich Mittel zu verschaffen, Anleihen machen wollen, so sind diese von nun an, seit Auflösung der Duma unzulässig; das russische Volk wird sie nie anerkennen und wird für sie nicht zahlen. Geht also bis zur Wiedereinberufung der Volksvertretung dem Fiskus nicht eine Kopfe, der Arme nicht einen Soldaten. Seid standhaft in Eurer Weigerung, steht ein für Euer Recht, wie ein Mann! Gegen den einzigen Willen des Volkes kann keine Gewalt bestehen. Bürger! In diesem erzwungenen, doch unumgänglichen Kampfe werden Eure Volksvertreter mit Euch sein!

Leider konnte dieser Aufruf nicht die gewünschte Wirkung haben, weil in Rußland der größte Teil der Ein-

nahmen aus indirekten Steuern (Schnaps etc.) stammt. Aber moralisch wirkte der Aufruf auf die Massen schon deshalb, weil die Unterzeichner desselben zu den Abgeordneten gehörten, die Nikolaus in seiner Begrüßungsrede als „die besten Männer Rußlands“ bezeichnet hatte.

Da der Aufruf auf finnlandischem Boden verfaßt worden, ist die Abfassung desselben in Rußland selbst nicht strafbar und auch nach der Auffassung des russischen Staatsanwalts können dort nur die Verbreiter des Aufrufs strafrechtlich verfolgt werden. Der Verbreiter waren aber nur 13 frühere Abgeordnete beschuldigt. Trotzdem hat man sie bis auf zwei alle verurteilt! „Indem die russische Justiz uns zur Verantwortung zog“, sagte der greife Sozialdemokrat Kamischow, „betont sie, daß sie dieselben geblieben ist, die sie vor zehn Jahren war.“ Das betrafen die Richter auch dadurch, daß sie nur wenig Vertreter der Presse zu den Verhandlungen zuließen. „Weil die Galerie nicht mehr tragen kann.“ So sagte man. In Wirklichkeit: Weil die Regierung nicht mehr Öffentlichkeit ertragen konnte.

Von den jetzt Verurteilten 167 sind fast die Hälfte erbliche Edelleute, darunter mehrere Grafen und ein Fürst (Peter Wolgorukow), 11 Professoren, eine Reihe von Rechtsanwälten und zirk 30 Bauern. Schon aus diesem Grunde mag es erklärlich erscheinen, daß die Richter sich nicht zu einem neuen Muturteil aufzuschwingen gewagt haben. Und vielleicht fühlten sie auch selbst, wie sofort bei Beginn der Verhandlung die Rollen vertauscht, wie aus den 169 Angeklagten ebensolche Ankläger wurden. Sagte doch unter anderem der Redakt Petruschewitsch in einer glänzenden Rede:

Die Anklage sei grundsätzlich, weil sie das Mittel der Steuervertreibung, das der Wiborger Aufruf enthält, für das Endziel desselben erklärt. Dieses sei nur dann möglich, wenn man die Ereignisse in Wiborg vollständig loslöst von den vorhergehenden Ereignissen. Deshalb müsse der Wiborger Aufruf in den Rahmen der Geschehnisse eingetaucht werden, um ihn richtig beurteilen zu können. Denn schon manche „ungeheuerliche“ Tat sei in den letzten Jahren geschehen, ohne daß ein Gericht eingegriffen hätte. Der Semimo-Kongress im Jahre 1904 dessen 11. Punkt der dort gefaßten Beschlüsse, der die Einführung einer geistlichen Duma eine absolute Notwendigkeit sei, war — bei den damals noch bestehenden Gesetzen — offenkundiger Sozialrat, und doch wurde die Entscheidung darüber nicht im Gerichtssaal getroffen, sondern der Beschluß fand seine Erfüllung durch das Oktobermanifest. Wie die Regierung nach der Auflösung der ersten Duma in Ruhe im Volke geführt hätte, — der Beweis dafür ist die Verhängung des „berückten Schukes“ über die Reibung am Tage der Dumaauflösung gewesen, und die harte Anweisung von Militär im Taurischen Palast und an anderen Stellen Petersburgs — so hatten auch die Duma-Abgeordneten den Ausbruch von Unruhen befürchtet. Denn die Art und Weise, wie die Regierung bei der Dumaauflösung vorgegangen sei, ließ das Schlimmste befürchten. Deswegen sei das Volk von den Abgeordneten zum passiven Widerstand aufgefordert worden, um dadurch die Anerkennung der einmal geschenkten Rechte wieder zu erlangen.

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

27] (Nachdruck verboten.)

„Wohin verlegen Sie dies Herzogtum“, sagte Labastindre, in die Touraine oder an den Kongo?“

In jedem Falle muß man zugeben, daß es sehr gut ausgefallen ist“, antwortete Dr. Girsch mit einem Augenblinzeln.

„Bravo, bravo! Sehr gut! Ausgefallen!“

Und man dachte, man überschlug sich.

Dann wurde auch von dem berühmten Lord Peambod, Generalmajor in der indischen Armee, gesprochen.

„Ich habe ihn wohl gekannt“, sagte Dr. Girsch, „er war es, der das Regiment der sechsunddreißig Papas anführte.“

„Bravo, sechsunddreißig Papas!“

Jack senkte den Kopf, stierte auf sein Brot, seinen Keller, und mochte in dieser ihn erlösenden Ironie nicht einmal zu weinen. Er griff die gehörigen Worte nicht immer genau auf, aber zuweilen belundete ihm ein besonders höflicher Zug im Ausdruck dieser Gesichter, ein besonders verzerrtes Lachen den Schimpf, den man ihm antun wollte.

Dann sagte Frau Moronval sanft zu ihm:

„Mein lieber Jack, sieh' doch einmal in der Küche nach.“

Und darauf schalt sie die anderen mit leiser Stimme.

„Was!“ sagte Labastindre, „er versteht es nicht.“

„Gewiß, das arme Kind begriß nicht alles; aber sein Verständnis erschloß sich diesen ersten Krüppeln, mühte sich ab, die Gründe für die ihn umgebende gefällige Verachtung zu suchen. Und einige bunte Worte, die bei Tisch in dergleichen Unterhandlungen fielen, blieben ihm wie ein Zweifel oder ein Flecken in der Erinnerung.“

Er wußte seit lange, daß er keinen Vater hatte, daß er einen Namen führte, der ihm nicht zum, daß seine Mutter unermüdet war; und dies war der Ausgangspunkt seines beunruhigten Nachdenkens. Seine Empfindlichkeit wuchs. Eines Tages nannte ihn der große Saib „Kotitenkind“, und anstatt wie früher darüber zu lachen, schrie er dem Ägypter an die Kehle und umschloß ihn mit seinen kleinen gefalteten Händen, auf die Gefahr hin, ihn zu erdrücken. Auf Saibs Silberschale Moronval herbei, und zum ersten Mal seit seinem Eintritt in das Gymnasium machte der kleine von Varanch mit der Karballe Bekanntschaft.

Von diesem Tage an war der Jauder gebrochen. Der Kulaite mähtete sich nicht mehr in seinem Bückungseifer; einen Weibchen zu prügeln, schien ihm so schön. Damit Jacks Los völlig dem Rabows gleich werde, fehlte jetzt nur noch, daß man ihn in die Küche verwies. Glaubt aber nicht etwa, daß bei dieser

Umwälzung im Gymnasium das Schicksal des kleinen Königs sich verbessert habe. Im Gegenteil, er war mehr als je das Marterholz für jeden enttäuschten Ehrgeiz. Labastindre ließ ihn mit Fuhrtritten, Doktor Girsch zerrie ihn beständig bei den Ohren, und der Stodwater ließ ihn die Vereitelung der Rundschau teuer bezahlen.

„Nie zufrieden, nie zufrieden“, wiederholte der unglückliche kleine Neger, gereizt durch die tyrannischen Ansprüche seiner Herren. In seine Entmutigung mischte sich jetzt ein gar seltsam krankhaftes Getöse, hervorgerufen durch die neue Jahreszeit, durch die so aufregende Rückkehr der Wärme und der Sonne und besonders durch jenen Besuch im Klimatisationsgarten, der ihm lebhaft, zuckende Erinnerungen, den ganzen Geiruf seines jenseits Vaterlandes gebracht hatte.

Die Schimmer des Verbannten bekundete sich anfangs in eigenwilligem Schweigen, in einer Ergebenheit ohne Widerspruch gegen die Anforderungen und Schläge. Dann nahm Rabows Gestalt eine außerordentliche Enschlossenheit und Erregung an. Wenn er im Hause, im Garten, bei seinen vielfachen Beschäftigungen unheimlich, hätte man glauben können, daß er auf ein fernes, allen unbekanntes Ziel losgehe; und diese Vermutung wäre besonders durch die Unveränderlichkeit seiner Blide erweckt worden und durch ihr hastiges Vorausstellen, gleich als ob jemand vor ihm ginge und ihn rief.

Eines Abends, als der kleine Neger dabei war, zu Bett zu gehen, hörte Jack ihn leise in seiner fremden Sprache zwitschern und fragte ihn:

„Du sagst, Rabow?“

„Nein, Herr, ich nicht fingen, ich sprechen negativ.“

Und er vertraute sich seinem Freunde völlig an. Er war entschlossen, fortzulaufen. Er dachte seit lange daran und hatte nur auf die Sonne, um seinen Plan auszuführen. Jetzt, da die Sonne wiedergekommen sei, werde sich Rabow aufmachen, um nach Dahomey zurückzukehren und Afrika zu besuchen. Wenn Jack mit ihm kommen wollte, würden sie zu Fuß bis Marseille gehen, sich auf einem Schiff verbergen und zusammen über See fahren. Es könne ihnen nichts Böses widerfahren, da er sein Origi habe.

Der andere machte Einwendungen. So unglücklich er auch war — Rabow-Ghezos Heimat verlockte ihn nicht. Das große rote Kupferbeden mit den abgeschliffenen Köpfen kam ihm schredend in die Erinnerung; und dann würde er ja dort noch weiter von seiner Mutter entfernt sein.

„Gut“, sagte der Neger ruhig, „bleiben Du im Gymnasium, ich reisen allein.“

„Und wann wirst Du reisen?“

„Morgen“, antwortete der Neger mit entschlossener Stimme, und zog sich schlief er seine Augen, um einzuschlafen, als ob er all seine Kräfte wälte hätte.

Am anderen Morgen war „Tag der Methode“, wie man im Gymnasium sagte. In diesem Tage versammelte man sich zu dem Kuruz der Frau Decollere in dem großen Salon, weil das Orgehamonitum zur ausdrucksvollen Vorlesung erforderlich war. Beim Eintreten sah Jack, wie Rabow dabei war, den riesigen Saal stillschweigend zu frohieren, und er glaubte, daß er auf seine Hände verzichtet habe.

Seit zwei oder drei Stunden arbeiteten die kleinen warmen Länder“ und verrenkten sich die Kinnbacken zur „Gestaltung der Marie“, als Moronvals Kopf in der halb geöffneten Tür erschienen.

„Ist Rabow nicht hier?“

„Nein, mein Freund“, antwortete Frau Moronval-Decollere, „ich habe ihn zum Einlaufen auf den Markt geschickt.“

Das Wort Einlaufen rief auf den Gesichtern all dieser Kinder einen solchen Ausbruch von Groll hervor, daß sie sofort die genaue Gestaltung dieser Rabow hätten angeben können, wenn man sie darnach gefragt hätte. Sie waren so düster gemüht! Jack, weniger ausgehungert, dachte an die Unterhaltung von gestern Abend, welche er im Augenblick des Einschlafens gehört hatte, und die ihm daher wie ein Traum zurückgeblieben war.

Herr Moronval entfernte sich, um nach einigen Augenblicken zurückzukehren:

„Nun, und Rabow?“

„Er noch nicht zurückgekehrt. Ich begreife es nicht“, sagte die kleine Frau, jetzt selbst ein wenig beunruhigt.

„Zehn Uhr, elf Uhr, kein Rabow. Die Aktion war langweilig beendet. Um diese Stunde steigen gewöhnlich von der engen ärmlichen Küche im Erdgeschoß warme Dämpfe auf und hochgehender wüßten Arbeit der Schüler noch mehr. Dieser Morgen hat es nicht, keine Hülsenfrüchte, kein Fleisch, und noch immer kein Rabow.“

„Es wird ihm vielleicht etwas zugehoben sein“, sagte Frau Moronval, viel nachsichtiger, als ihr würdiger Gatte, der von Zeit zu Zeit hinausging, um die Karballe in der Hand an der Tür des Durchganges auf die Ankunft des kleinen Negers zu lauern.

Endlich ertönten die zwölf Schläge des Mittags von allen Uhren, von allen Türmen der Nachbarstadt, und verblüht jene Frühstücksstunde, welche die Tagesarbeit in zwei fast gleiche Teile teilt. Dies frühliche Gelächter ätzte schredlich in den letzten Tagen aller Einwohner des Gymnasiums nach. Und während in den umliegenden Fabriken Schweigen eintrat und selbst aus den verfallenden Gebäuden des Durchganges alle kochenden Feuer einladenden Geruch emporfanden, überließen Lehrer und Schüler sich unfähig dem närrischen Warten auf das schlaue

(Fortsetzung folgt.)

die bebroht zu sein schienen. Nicht den Widerstand gegen das Gesetz und den Aufruf der Bevölkerung erstrebten wir, sondern wir setzten den Weg zur Verteidigung unserer gesetzlichen Rechte.

Nach deutscher wurde der Angeklagte W. D. N. h. o. l. o. w. Er sagte:

Das Volk allein könne den Akt des „Widriger Aufrufs“ einschlagen. Man habe zwar seine Verfasser für die nächsten Dumas neutralisiert, indem man ihnen den Prozeß machte, allein in die zweite Duma seien doch hauptsächlich Vertreter der Parteien gewählt worden, welche den „Aufruf“ unterschrieben haben. Die Auflösung der Duma sei nicht als eine Auflösung, sondern als der erste gegen die Konstitution gerichtete Schritt zu betrachten gewesen. Welche Richtung die Stimmung nach der Auflösung der ersten Duma genommen habe, zeige der Wort Gergenskiens und Gollas. (Die Angeklagten erheben sich von ihren Plätzen.) Der „Aufruf“ sei nicht das Werk einzelner Dummamitglieder, sondern der Versuch, die bebrohte Konstitution zu retten, den die ganze Volkvertretung gemacht habe.

Wie man sieht, haben die Angeklagten stolz darauf verzichtet, sich auf die formelle Anklage einzulassen. Sie verzichteten darauf, sich vor der Regierung zu rehabilitieren und die plumbe Widersinnigkeit der Anklageschrift vor Europa zu brandmarken. Sie legten selbstbewußt die Maske ihrer Handlungsweise, ihre politischen Ziele vor dem Volke dar und erhoben Protest gegen ein System der Vergewaltigung, das die Vertreter des Volkes vor den Richter schleppt. Es war ein Genuß, in den Berichten über die Verhandlung zu lesen, wie die ganze Masse der Angeklagten, Leute aller Stände, Arbeiter und Bauern, Professoren, Rechtsanwältle und Semstwomänner, von einem Gefühl durchdrungen, in geschlossenen Reihen gegen die Regierung vorging; wie sie ohne Unterbrechung der Parteien der Regierung das Recht absprachen, über sie zu Gericht zu sitzen, und nur einen Richter anerkennen — das eigene Gewissen und das Volk. Wie armfellig und kümmerlich erschien das Gerichtstribunal vor diesen Männern, die, aus allen Enden des Reiches zusammengeströmt, Zeugnis ablegen von der Stimmung und den Erwartungen in den breitesten Schichten des Volkes!

Natürlich, in den Reden der Parteiführer spiegelt sich auch hier die soziale Gliederung, die inneren Widersprüche der russischen Oppositionsparteien wider. Die Kadetten wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß das Wjborger Manifest nach ihrer damaligen Auffassung das einzige Mittel darstellte, „blutigen Konflikten vorzubeugen“. Die Trudowiki gingen von der Ansicht aus, daß sie verpflichtet waren, dem Volke die Augen zu öffnen, ihm Kampflosungen auf den Weg zu geben. Die Sozialdemokraten gingen noch weiter. Sie beleuchteten die Rolle des Wjborger Aufrufes im Revolutionierungsprozeß der breiten Volksmassen. „Als wir den Wjborger Aufruf unterschrieben“ — erklärte Genosse Fischer — „so taten wir es nicht deshalb, weil wir an die unverzügliche Verwirklichung seiner Lösungen glaubten. ... Das Proletariat wußte, daß es keine Ausflüchte hatte, aus eigener Kraft das alte Regime zu besiegen. ... Das Wjborger Manifest sollte eben der Bauernebewegung Lösungen erteilen. Wir waren bestrebt, die russischen Bürger darauf aufmerksam zu machen, daß sie berechtigt waren, gegen Gesetzlosigkeit und Gewalt anzukämpfen. Wir sagten ihnen, daß die alte Gewalt ohne diesen Kampf alles zurücknehmen werde, was sie gezwungen war, am 30. Oktober dem Volke abzutreten.“

Trotzdem sind die Angeklagten verurteilt worden. Aber ihr Prozeß war ein Triumph der Angeklagten und ihrer Sache, ein Niasko Stolypins und Molos. Angehts des großartigen Mutes und einer Energie, wie sie eben nur eine gute Sache erzeugt, die die Redner auf der Anklagebank an den Tag legten, wagten die Vertreter der Staatsanwaltschaft nicht einmal längere Ausführungen. Sie beschränkten sich darauf, ihr Sprüchlein herunterzukammeln und sich hinter Wäterschens Bajonette zu verstecken. Der Jubel aber, und der Blumenregen, mit dem die Verurteilten vom Volke überschüttet, geben uns die Gewißheit, daß die Zeit nicht mehr fern ist, da die heutigen Richter als Angeklagte vor dem Richterstuhle des Sechsten Volkes zu erscheinen haben!

Petersburg, 3. Januar. (Telegramm.) Die in dem Prozeß wegen des Wjborger Aufrufes verurteilten 16 Mitglieder der ersten Duma haben einhellig beschlossen, die Kassationsklage einzureichen.

Politische Uebersicht.

Neujahres-Betrachtungen in der deutschen Presse. Wie nicht anders zu erwarten, bilden den Hauptbestandteil der diesjährigen Neujahrsbetrachtungen im Blätterwalde die vergangen und zukünftigen Leistungen des liberal-konservativen Blocks. Selbst die energiegeltesten Anhänger dieser unnatürlichen Paarung werden kleinlaut, wenn sie sich ihre Leistungen im Licht betrachten! Die „Freisinnige Zeitung“, welche die behaverliche Haltung der Volkspartei zu verantworten hat, findet an der bisherigen Entwicklung nichts als ein großes Fragezeichen, sie schreibt:

Wir befinden uns da in den Anfängen einer Entwicklung, die wir zwar ohne allen Ueberschwan, aber doch mit Bemühung begrüßt haben, und an die wir allerhand Hoffnungen knüpfen. Wir dürfen auch annehmen, daß die Anfänge schon die eine oder andere wertvolle Frucht in greifbare Höhe gerückt haben. Insbesondere ist das Jahr 1907 das Jahr der Etablierung einer neuen Ära des Verkehrs mit der sogenannten Wochenschrift gewesen, so steht an seinem Ende doch noch ein großes Fragezeichen. Noch ist die Tragfähigkeit der Wochenschrift nicht genügend erprobt, noch ist nicht mit Sicherheit darauf zu bauen, daß wir auf dem eingeschlagenen Wege in erwünschter Höhe vorwärts kommen werden. Der gute Wille ist da, bei der Regierung sowie bei den Reichsparteien, daran, gewisse mit acht; aber noch wird sich zu zeigen haben, ob die Verhältnisse und die in ihnen wachsenden Gegensätze nicht eher nicht härter sind als der gute Wille. Wir haben keinen Grund zur Entmutigung und Scharfsehens; aber wir sind gewohnt, den Dingen gerade und frei ins Antlitz zu blicken. Die Lösung des Problems, wie weit der Blockade der Wochenschrift in die Zukunft auszuweichen sein wird,

schlecht das vom Schauspieler verschundene Jahr zum Teil seinem Nachfolger zu. Im Jahre 1908 werden in Reihe wie im preussischen Staat wichtige Entscheidungen fallen, die für den Kurs unserer inneren Politik von ausschlaggebender Bedeutung sein werden. Erst von dem Fortgang der Entwicklung wird abhängen, ob dasjenige, was sich am Ende des Jahres 1908 angebahnt hat, was im Jahre 1907 nach Gestaltung und Wirkungskraft rang, mehr war als eine bloße Episode, ob es sich zu einem festen Fundament für den Bau unserer inneren Politik zusammenfügt. Also Hoffnungen, Hoffnungen, die doch noch nicht alle Zweifel haben aus demselben schlagend können: das wäre ungehörig das Zeugnis, mit dem wir das Jahr 1907 auf dem Gebiete der inneren Politik entlassen.

Dieselben Zweifel steigen am Neujahrsstage aus der konservativen Presse, z. B. aus der „Täglichen Rundschau“, auf:

Daß das Zusammenarbeiten von rechts und links nicht ganz glatt ging und die Parteien sich nur langsam in das neue Geleise einzuführen, war voranzusehen. Wir vermögen auch nicht mit voller Zuversicht auf den Zustand des nächsten, für eine Gefühnung unserer Verhältnisse unbedingten notwendigen Geistes im neuen Jahre zu rechnen, wenn wir auch zu der politischen Vernunft der drei Parteien den Glauben hegen wollen, daß sie sich hüten werden, um kleinlicher Fraktionsinteressen willen die Tat des deutschen Volkes vom 25. Januar zu annullieren und die deutsche Regierung von neuem unter das Zentrumstoch zu zwingen. Die Regierung hat bisher — wenigstens soweit der Rangler selbst in Frage kommt — rechtlich das Beste getan, um den Parteien das Best des Zusammenarbeitens zu erleichtern und sich auch entschlossen gezeigt, sich von der als notwendig erkannten Linie nicht abdrängen zu lassen. Wenn heute die „Kreuzzeitung“, diese alte Unheilmästerin, wieder ihre Sehnsucht nach dem Zentrum beudet und die Wiederentziehung des Zentrums in die nationale Mehrheit befürwortet, so rüttelt sie mit diesem Wunsche nur an dem Reiter des Bocks, dem Ertränke des Volkswillens, sondern auch an der Ranglerschaft des Fürsten Bülow, wie ihr von der Germania sofort mit Recht nachgewiesen wurde. Der Block hat mit der Gefahr von rechts, als der größten, immer zu rechnen; aber er wird sie überdauern können, wenn man wie bisher, und noch eifriger wie bisher, sich bemüht, politische Arbeit zu leisten und die Eigeninteressen zu Gunsten der Gesamtergebnisse zurückzustellen. Von den Vorlagen dürfen das Vertriebsgesetz und Börsengesetz gefordert sein, und für die schwerste Sorge, die Reichsfinanznot, dürfte sich auch noch Rat finden, wenn auch am Ende des Jahres noch das Chaos herrscht, wozu nicht am wenigsten die ungenügende Voraarbeit jener Mitarbeiter des Reichsanwalts beizutragen hat, denen die Finanzwesen anvertraut sind. Den Reichstag vor einem ungeheuren Wehchbedarf zu stellen, ohne ihm ausreichend durchgearbeitete Dekunsvorschläge unterbreiten zu können, ist ein Fehler, der sich schwer entschuldigen läßt.

Dieser Fikturitt nach Rheinbaben steht immer noch so aus, als ob die politische Situation durch einen Finanzministersturz getrübt und in der Trübung der inkretten Steuervorlagen erst recht in den Hafen gezogen werden sollen. Vorsicht ist deshalb am Platze. Die gegenwärtige Geschäfteordnung des Reichstags ermöglicht eine plötzliche Durchhebung jeder Vorlage, die ein Aktent auf's Volk bedeutet und in dem langen Verbergen der Steuerpläne scheint System zu liegen. Man will überraschen und in der Ueberrschung sein Schicksal sehen.

Vor dem 10. Januar. Das Herannahen des Tages, für welchen eine Erklärung der preussischen Regierung zur Wahlrechtsfrage erwartet wird, hat auch in der bürgerlichen Presse die Diskussionen über Wahlrecht und Modpolitik wieder ins Rollen gebracht. Die „Kreuzzeitung“, die neulich ihren Blochfreunden von links Enthaltensamkeit predigte, bleibt trotz aller Angriffe geruhig auf ihrem Standpunkt, daß im Bloch über Thema nicht gesprochen werden darf. Von der andern Seite her veröffentlicht das „Berl. Tageblatt“ einen Artikel, der „Wegen oder Brechen“ betitelt ist und in die Erklärung ausklingt, der 10. Januar müsse eine bestimmte Entscheidung bringen. Der Bloch werde Preußen die Wahlreform geben oder in Stücke gehen.

Das „Berl. Tagebl.“ kann vom Bloch schwerlich eine Wahlreform erwarten, die seinen bisherigen Forderungen genügt. Seine tatsächliche Haltung wird nur verständlich, wenn man in Rechnung zieht, daß für den 10. Januar von der Regierung eben auch nicht das allermindeste zu erwarten ist, daß aber die volksparteilichen Führer in voller Kenntnis dieses Sachverhalts auch fernerhin dem Fürsten Bülow ihre Dienste zu leisten fest entschlossen sind. Es handelt sich bloß um eine Komödie, die inszeniert werden soll, um es so kleinen zu lassen, als hätte man etwas getan. Auch die allerbestehenden Erwartungen, die an die Debatte des 10. Januar geknüpft werden, können durch die Enttäuschung, die ihnen folgen muß, dem Blochfreisinn gefährlich werden.

„Alles Namen von gutem Klang.“ In einem ausführlichen Prozeßbericht über die Verhandlung des Hardenprozesses finden wir folgenden wörtlichen Auszug aus der gewandten Rede des Oberstaatsanwalts Dr. Jsenbiel:

Die Hauptperson ist Maximilian Harden. Ich glaube ihn zu kennen, ich habe seinen Werdegang verfolgt, ich kenne seine politische und literarische Tätigkeit, seine Bwistigkeiten mit Paul Leubau, Delbrück, Hartleben, Mehring, Hans Leubau — alles Namen von gutem Klang. Herr Harden ist der erarbeitete Embryo der neuen Zeit, er hat mit einem Dienenfleiß sich ausgezeichnete Kenntnisse angeeignet, besitzt eine beachtenswerte Dialektik, einen außerordentlichen Scharfsinn und einen ihm nur eigenen Stil.

Sich einer an, was ein Berliner Staatsanwalt alles für Namen von gutem Klang halten kann! Fangen wir hinten an: Hans Leubau hat wegen eines Meinungs — aber ihn allerdings nur ehrt — mehrere Jahre Zuchthaus erlitten; Franz Mehring: einer der bestgeachteten deutschen Sozialdemokraten, mehrfach vorbestraft natürlich; Otto Erich Hartleben, der Schrecken aller Moralisten Deutschlands, nach seiner eigenen Angabe ebenfalls Sozialist; Dr. P. Delbrück, bürgerlicher Professor, der unserer Regierung erst kürzlich wegen ihrer Polenpolitik herbe Wahrheitsgeigte und Paul Leubau, augenblicklich wegen Beleidigung der Diga Molitor angeklagt. Zu dieser Liste meint Herr Jsenbiel: „Alles Namen von gutem Klang.“ Für einen preussischen Staatsanwalt wirklich ein hoher Grad von Borturteillosigkeit!

Die Bevormundung ausländischer Arbeiter.

Die „Berliner Korrespondenz“ meldet:

Im Anschluß an die im Abgeordnetenhaus am 12. Dezember abgegebene Erklärung des Landwirtschaftsministers erstlich der Minister des Innern eine Verfügung, durch die die Polizei-Verörden in den Stand gesetzt werden sollen, die ausländischen Arbeiter besser zu überwachen und ihnen, falls sie obrigkeitlicher Hilfe bedürfen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Verfügung tritt mit dem 1. Februar ab zunächst für die aus Rußland und Oesterreich-Ungarn und deren östlichen Hinterländern kommenden Arbeiter Rußlands ausweis papiere in, besonders an der österreichisch-ungarischen Grenze ersichteten Grenzämtern der deutschen Feldarbeiter-Zentrale in Berlin auszufertigen sind. Die Legitimationskarten werden in deutscher Sprache ausgestellt. Eine nachträgliche Ausstellung an der Arbeitsstelle ist zulässig. Arbeiter, die ohne Besitz der Karte in Arbeit treten, sollen ausgewiesen werden. Die Durchführung der Anordnungen soll mit dem nötigen Nachdruck, aber unter Vermeidung kleinlicher Maßnahmen, erfolgen.

Das letztere ist bekanntlich in Preußen nicht möglich. Deshalb wird die Verfügung nur bedeuten, daß zu den mannigfachen Schikanen, unter denen ausländische Arbeiter bei rüchichtslosen Unternehmern heute schon leiden, noch solche seitens der Behörden kommen werden. Willenslose Arbeitswerkzeuge müssen solche Menschen werden, denen die Ausweisung droht, sobald sie nur in einen Konflikt mit ihrem Ausbeuter geraten. Nicht weniger, sondern mehr Rechte als bisher sind den Leuten notwendig!

Müller-Meinungen als Finanzkrovat. Der freisinnige Blochfreier Herr Müller-Meinungen veröffentlicht in der ihm geistlich nahestehenden „Voll. Rev.“ einen Artikel über die Reichsfinanzreform, in dem er mit der Enthüllung antritt, daß nach den einflussreichen Beschlägen der linksliberalen Partei zur Deckung des Reichsdefizits zur Hälfte direkte und zur Hälfte indirekte Steuern herangezogen werden sollen. Deutlich ist dieser Beschluß nicht geblieben worden, Herr Müller plaudert also etwas aus, was sich hinter den Kulissen des Reichs Hofes abgeplottelt haben muß. Gelint aber das Kunststück, auf zwei Berden zugleich zu reiten nicht, dann soll man nach Herrn Müller-Meinungen die Frage der Reichsfinanzreform ruhig bis zum nächsten Jahre überlassen. Wenn nur der Bloch hält!

Zur Neueinteilung der preussischen Landtagswahlkreise hat der Rechtsanwalt Richard Otto Wolff in Stellung eine politische-statische Proskhre (Beilage von M. Barchwitz-Stettin) veröffentlicht. Er gibt zahlenmäßig an der Hand der amtlichen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905, welche unabweisbar die Verhältnisse jetzt in allen Landesteilen Preußens in Bezug auf die Bevölkerungsanzahl obwalten, die berechtigt ist, je einen Abgeordneten zu wählen und wie gemaltig die Unterschiede sind, die in dieser Beziehung zwischen den verschiedenen Provinzen voranden sind. Der Verfasser weist nach, daß hier nicht bloße Wahlkreise vorliegen, sondern eine schwere Buchführung, eine förmliche Wahlkreisrechnung nahezu der Hälfte der Bevölkerung Preußens. Zur Veranschaulichung dieser Verhältnisse sind erschöpfende tabellarische Uebersichten über die sämtlichen Wahlkreise eingefügt, die zum Teil für das ganze Staatsgebiet und dann nochmals in besonders ausführlicher Weise für jede einzelne Provinz besonders gruppiert sind. Anregend ist auch die eingehende Betrachtung, die der Verfasser den besondern Verhältnissen der Großstädte und der Mittelstädte widmet, denen nicht bloß nach der Zahl ihrer Bevölkerung, sondern ganz besonders nach der Höhe ihrer Steuerleistung häufig mehr als das Doppelte und Dreifache ihres jetzigen Vertretungsrechts gebührt.

Die Regelung des Geheimmittelwesens durch ein Reichsgesetz war bekanntlich bereits unter dem Grafen Potomowski in die Wege geleitet und der entsprechende Gesetzesentwurf nahezu bis zur Vorlage an Parlament gefördert worden. Es ist, wie die „Berl. Neuest. Nachr.“ hören, im Reichsamt des Innern in einigen Punkten neuem noch ergänzt und nunmehr in eingehender Fassung fertig gestellt worden. Der Entwurf dürfte demnächst zur Veröffentlichung gelangen.

Das neue deutsche Militär-Motor-Luftschiff wurde am Donnerstag Mittag von den in Berlin anwesenden kommandierenden Generalen besichtigt. In der Gondel nahmen Platz als Führer Hauptmann von Ederling, Oberingenieur Wusenach und Prinz Ruprecht von Bayern. Das Luftschiff stieg auf, manövierte über dem Schloßplatz, veränderte die Höhlungs, beschrieb allerlei Kurven und kam dann wieder zu Boden, worauf an Stelle des Prinzen General von Bernhardt die Gondel bestieg. Nachdem das Luftschiff von neuem gelandet war, trat es einen Ausflug über Berlin an, von dem es erst in den Nachmittagsstunden heimkehrte.

Ueber einen niedlichen Fall von christlichem Terrorismus wird aus Bayern folgendes berichtet: In der Stadt Cham besteht seit dem Jahre 1907 eine Zahlstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes. Im Oktober traten zwei Mitglieder aus und dem Holzarbeiterverbande bei, weil sie nach ihrer eigenen Angabe mit der christlichen Gewerkschaft nicht mehr einverstanden waren. Die beiden Abtrünnigen wurden jedoch von ihren lieben Brüdern in Christo beständig verfolgt und auch mit Schlägen bedroht. Die Folge war, daß der Bevollmächtigte des Deutschen Holzarbeiterverbandes einen Brief erhielt folgenden Inhaltes: „Wir sind gegen euch auf eurer Seite.“ Selbstverständlich wird die christliche Gewerkschaftsadresse den Fall wieder nicht gelten lassen wollen, denn bei den Zentrumsgewerkschaften kommen ja solche Sachen nicht vor.

Ausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus. Eine praktische Methode, über Umfang und Bedeutung des Alkoholismus, sowie über dessen Bekämpfung zu unterrichten, wird von den Alkoholgegnern angewandt. Es ist die Anstellungsweise in Form von Ausstellungen. Die größte und reichhaltigste dieser Ausstellungen ist die noch wissenschaftlichen Grundrissen geordnete Wanderausstellung des Allgemeinen deutschen Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus. Diese Ausstellung, die außer einer reichen Fachliteratur, wertvollen Tabellenwerken und den meisten gebräuchlichen Lehrmitteln für den Unterricht in der Alkoholfrage, vor allem eine vorzügliche Sammlung verschiedener Agitationsmaterialien der einzelnen Alkoholgegenerrassifikationen enthält, befindet sich zurzeit in Colmar i. E. Im vorigen Monat war sie in Dortmund angekommen und fand dort einen so starken Zuspruch, wie es wohl selten bei ähnlichen Ausstellungen der Fall gewesen ist. Die Verkaufserlöse sind auf Sonntag bis auf 14,000. Ein besonders Interesse für die Ausstellung legten die städtischen Behörden, insbesondere die Schulbehörden an den Tag, die dafür sorgten, daß sämtliche Schulen in die Ausstellung geführt wurden. Auch in Colmar war der Besuch der Ausstellung sehr reg. Sämtliche Schulen der Stadt und Umgebung besuchten sie. Von Colmar wird die Ausstellung zunächst nach Bielefeld und dann wieder nach Westfalen und der Rheinprovinz geschickt werden, wo sich bereits verschiedene Städte die Ausstellung auf mehrere Wochen gesichert haben.

Wituba gegen die „Deutsche Zeitung.“ Als im Dezember 1906, kurz vor der Auflösung des Reichstags, der Zentrums-Abgeordnete Roeren verschiedene Mißstände in den deutschen Kolonien aufwies, beschäftigte sich die „Deutsche Zeitung“ mit der Person des früheren Kolonialbeamten Wituba, den sie als den Gewährsmann Roerens bezeichnete. Wituba schickte der „Deutschen Zeitung“ eine Berichtigung. Die Redaktion ließ sie daran eine Polemik, welche eine Anzahl scharfe Ausdrücke in Bezug auf Wituba enthält. Wituba hat daraufhin die Redakteure Eichter und Petersen von der „Deutschen Zeitung“ wegen Verleumdung verklagt. Am Donnerstag fand die Verhandlung vor dem Schöffengericht statt. Da es sich nur um formale Beleidigung aus § 185 handelte, ja,

Beilage zu Nr. 3 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 4. Januar 1908.

Der Prozeß Moltke-Garden.

Berlin, 2. Januar.

Der Angeklagte ist nicht erschienen. Nach dem Gutachten seines Hausarztes ist wiederum eine Verschlimmerung von Gardens Zustand eingetreten so daß er schon bei bloßem Aufstehen Ohnmachtsanfälle erleidet.

Nachdem Justizrat Bernstein von der Erkrankung Gardens Mitteilung gemacht hatte, gibt Professor Eisenberg (der Arzt Gardens) die Bestätigung und erklärt, Garden habe um Mitternacht einen Ohnmachtsanfall, der sich im Laufe der Nacht wiederholte. Heute früh sei es Garden sehr schlecht gegangen. Der Kranke sei in Schweiß gebadet und könne die Augen kaum öffnen. Falls er sich im Laufe des Tages so weit erhole, sei es möglich, daß er morgen kommen könnte. Sodann gibt

Oberstaatsanwalt Hentzel

eine Erklärung ab, in der er ausführlich: Justizrat Bernstein habe neulich es nicht für gut befunden, dem Fürsten Eulenburg die Bestätigung und Genehmigung zu erteilen. Eulenburg habe seinen Straf Antrag gegen Garden wegen Verleumdung mit Rücksicht auf die Artikel der „Zukunft“ deswegen nicht gestellt, weil er sich sagte, auf diesem Wege könne er sich keine Genehmigung verschaffen, insbesondere nicht nachweisen, daß von jeder sexuellen Verführung völlig frei sei. In dem Verleumdungsverfahren gegen Garden würde nur erwiesen werden können, daß die Tatsache, Fürst Eulenburg habe sich sexual verfehlt, nicht erweislich wahr sei. Dem Fürsten lag jedoch daran, daß diese Tatsache als wahr anerkannt würde. Eulenburg habe deshalb gegen sich selbst Straf Antrag gestellt. Die Anwaltschaft in Breslau habe das Verfahren eingestellt, nachdem Garden, der als Zeuge vernommen war, nicht das Mindeste gegen Eulenburg behauptet, sondern sich darauf beschränkt hat, sein Zeugnis zu verweigern unter Hinweis darauf, daß er ja sonst wegen Verleumdung verfolgt werden könne. Trotzdem wurde dabei geurteilt, daß Fürst Eulenburg sich derartige Verleumdungen habe zu schulden kommen lassen. Wenn er das getan hätte, seinem klaren und einwandfreien Zeugnis gegenüber, so würde er sich eines Meineides schuldig gemacht haben. Fürst Eulenburg bittet deswegen dringend jeden Menschen, der noch einen Funken von Gerechtigkeitsempfindung verspüre, ihn zu demütigen wegen Verleumdung der Ehre, sofern der Betreffende irgend einen Reagen dafür beibringen könnte, daß er gegen § 175 geübt habe.

Der Vorsitzende unterbricht hier den Staatsanwalt:

Dem Staatsanwalt: Was Sie bisher gesagt haben? — Oberstaatsanwalt: Noch nicht ganz. — Vorsitzender: Wann bitte ich, das andere lieber zu sagen, wenn der Angeklagte da sein wird. — Oberstaatsanwalt: Wir verhandeln ja jetzt garnicht, weil der Angeklagte nicht hier ist. Was ich sagte, war eine Erklärung außerhalb der Verhandlung. — Vorsitzender: Ich habe aber doch Bedenken und möchte keine Gründe für eine Revision schaffen.

Oberstaatsanwalt:

Ich muß mich fügen, füge mich aber blutenden Herzens und muß mich vorbehalten, sobald Garden da ist, alles zu wiederholen. Herr Garden pflegt gegen Kranke Leute sehr mitleidslos zu sein. Als damals Fürst Eulenburg wegen schwerer Erkrankung nicht hier erscheinen konnte, ohne Gefährdung seines Lebens, da wurde Herr Garden gefragt, ob es ihm gleichgültig sei, daß, wenn der Fürst gezwungen werde, hier zu erscheinen, er öffentlich tat zusammenbräche. Er beantwortete diese Frage mit einem Lachen „Ja“. Ich glaube, einem solchen Manne gegenüber darf man auch bei einer Erkrankung ziemlich scharf sein. Das Ausbleiben Gardens könnte ja den Erfolg haben, die ganze Verhandlung zu nichte zu machen. Wir müssen alles versuchen, heute weiter zu verhandeln. Ich beantrage deshalb, Medizinalrat Hoffmann und Geheimrat Jungmann sofort zu Garden zu entsenden und festzustellen, ob die Verhandlung in der Wohnung Gardens heute noch möglich ist. Wenn die Sachverständigen die Möglichkeit bejahen, beantrage ich, daß der gesamte Gerichtshof sich noch heute in die Wohnung Gardens begibt und unter möglicher Aufrechterhaltung der Öffentlichkeit die Verhandlung zu Ende führt. Sollten die Ärzte zu dem Ergebnis kommen, daß heute eine Verhandlung nicht mehr möglich ist, so bitte ich, weiter zu prüfen, ob die Verhandlung morgen hier stattfinden kann.

Von den Himmelserscheinungen im Januar.

Von Georg Mackner in Bremen.

(Nachdruck verboten.)

Nachdem unsere Erde in ihrem unermüdeten Laufe um das Zentralgestirn unseres Planetensystems ihr Perihelion von etwas über 900 Millionen Kilometer in den 365 1/4 Tagen des Jahres durchlaufen hat, ist sie wieder an einem Punkte ihrer Bahn angelangt, an welchem sie der Sonne am nächsten steht. Das drückt sich natürlich auch in der Größe des Sonnendurchmessers aus, wie wir durch exakte Messungen mit seinen Instrumenten nachweisen können. Der 1. Januar ist nicht gerade der Tag, an welchem dieser Punkt erreicht wird, meist ist das in den ersten Tagen des Monats der Fall. Diesmal trifft die Erde erst am 2. Januar an dieser Stelle ein. Trotzdem sehen wir mit Recht einen Tag fest, an dem wir offiziell in das neue Jahr hinübergehen, und schließen mit dem dem Gedächtnis des im vierten Jahrhundert lebenden Papstes Sylvester I. geweihten Silvester-tage das alte Jahr ab.

Im Jahre 1908 werden drei Sonnenfinsternisse stattfinden, von denen jedoch in unseren Gegenden keine sichtbar wird. Eine Mondfinsternis wird in diesem Schaltjahre nicht stattfinden. Die erste Sonnenfinsternis ist total und ereignet sich in der Nacht vom 3. zum 4. Januar. Sie beginnt am 3. Januar 8 Uhr 8 Minuten Abends im Marschall-Bezirk und endet am 4. Januar 1 Uhr 23 Minuten Morgens etwa 7 Grad nördlich von den Galapagos-Inseln. Sie streicht in einer Breite von etwa 70 Grad mitten über den Stillen Ozean in westöstlicher Richtung hin, berührt bei ihrem Anfang die Nordostküste Australiens und gegen Ende Mittel-Amerika. In Europa ist die totale Verfinsternung nicht zu sehen. Aber auch für die Beobachtung der Verfinsternung und ihre wissenschaftliche Ausbeutung bietet diese Finsternis nicht viel; ihr ungenügender Verlauf gestattet nur, sie von zwei Inseln aus zu beobachten — auf dem Wasser sind Messungen natürlich ausgeschlossen. — Von den beiden Inseln ist aber nur die eine, die Finkinsel, nördlich von Tahiti, zugänglich. Dorthin haben die Amerikaner eine Expedition entsandt. Günstig geht's ihr nicht so wie der Hamburgischen vom letzten Jahre nach Venedig, die wie andere schlechtes Wetter hatte und so vereitelt wurde. Die nächste totale Verfinsternung wird dann erst wieder 1912 stattfinden und für eine einzige Minute in Südamerika zu sehen sein. — Die anderen beiden Verfinsternungen der Sonne in diesem Jahre sind ringförmige. Sie kommen dadurch zu stande, daß der Mond in so großem Abstande von der Sonne zwischen dieser und der Sonne durchgeht, daß seine Scheibe nicht genügt, um die Sonnenscheibe ganz zu verdecken; während der eigentlichen Verfinsternung bleibt somit ein Rand der glühenden Sonnenscheibe um die schwarze Mondscheibe sichtbar.

Am 21. Mai 1907 sind Herr Philipp Vogt auf der Verlessternwarte bei Chicago innerhalb von zwei Stunden dreizehn Aufnahmen einer großen Protuberanz am Südostrande der Sonne gelungen. Protuberanzen sind eigentümliche Hervorragungen in der Sonnenatmosphäre, die sich sehr schnell bilden und vergehen können. Man vermutet, es seien Auswürfe von Wasserstoffgas auf der Sonnenoberfläche. Die von Vogt beobachtete Eruption reichte um 4 Uhr bis 168.000 Kilometer in die Höhe, um 5 Uhr bis 206.000 Kilometer und eine Viertelstunde später waren die höchsten Teile bis etwa 300.000 Kilometer gestiegen. In einer Sekunde also schritt die Erscheinung um über 24 Kilometer vor! Diese Geschwindigkeit kennen wir sonst nur aus Fiktionalromanen. Nach dem Erreichen dieser Höhe begann die Erscheinung rasch zu schwinden, nachdem sie schon während des Aufsteigens fortwährende Veränderungen in ihrer Gestalt erfahren hatte, die zeitweilig einem riesigen Dampf- oder Wolleneingang glich.

Von den periodischen Kometen wird im Jahre 1908 der Ende'sche Komet Anfang Mai wieder erwartet. Man kann auch annehmen, daß der dritte Tempel'sche Komet, der eine Umlaufzeit von 5 1/2 Jahren hat und infolge von Störungen des Planeten Jupiter Ende des Jahres 1902 nicht wieder aufgefunden worden ist, im Oktober in seiner Sonnennähe wird aufgefunden werden.

Von den großen Planeten ist Merkur im Januar unsichtbar. Die bisherigen Nachrichten über den Merkur-Vorgang vor der Sonnenscheibe vom 14. November vorigen Jahres lauten aus Deutschland, Frankreich und England ziemlich ungenügend. Fast überall war der Himmel stark bewölkt, so daß die Beobachtungen sich oft nur auf wenige Minuten beschränkten. Herr Plakmann in Münster betont besonders die lothfarbene Färbung der Planetenscheibe im Gegenfalle zu der viel helleren Farbe der Sonnenränder. Von verschiedenen Seiten wird das Vorhandensein eines Nahrungsgürtels um den Merkur berichtet. Daß dies nicht die Atmosphäre war, ergibt sich aus der Bemerkung einzelner Beobachter, daß der Ring nicht direkt an die Planetenscheibe grenzte, sondern sie wie ein Hof in einigem Abstand umschloß. In Italien herrschte günstigere Witterung; so konnte der Durchgang in Turin sehr gut beobachtet werden, doch fehlen darüber noch nähere Mitteilungen.

Die Venus ist Anfangs 1 1/2, zuletzt 2 1/2 Stunden als Abendstern im Südwesten sichtbar. Sie steht unterhalb des Pleiaden im Adler. Am 8. Januar, 10 Uhr Abends, ist sie genau unter dem Pleiaden aufzufinden. — Mars steht am 1. Januar noch

Nix zu finden.

In dem kriegsgerichtlichen Verfahren gegen die Grafen Lynar und Hohenau hat bisher die Untersuchung gegen den Grafen Hohenau nichts ergeben, was zu seiner Verurteilung führen könnte. Auch gegen den Grafen Lynar scheint bisher nichts festgestellt zu sein, was zu einer Bestrafung außer unter Umständen wegen Verleumdung ausreichen könnte.

Partei-Angelegenheiten.

Der Sozialismus in der Partei. Die Berliner Zeitung „Semla“ bringt interessante Mitteilungen über eine angebliche Arbeiter- und Bauernbewegung in der Partei. Die Revolution in Russland und in Persien haben auch auf die muslimännliche Einwohnerchaft eine große Wirkung aus. Die Arbeiter und die Bauern beginnen gegen ihre Ausbeutung anzukämpfen. So streikten unlängst 80 Arbeiter einer Eisenblechwerkstatt in Diarbekir. In dem Bezirk Wana bemühten sich die Bauern der Kasse autschreiblichen Anverleihen und zahlen kein Pachtgeld. An vielen Orten weigerten sich die Einwohner, eine neue Steuer zu entrichten; sie wurde aufgehoben. Vor kurzem wurde in der Stadt Wana eine sozialistische Partei gegründet unter dem Namen: „Türkische revolutionäre Föderation“. Sie steht auf dem Boden des Klassenkampfes und stellt in ihrem Programm eine ganze Reihe allgemeiner sozialistischer Forderungen auf. Außerdem fordert sie, daß die Bauern, welche fünf Jahre fremdes Land bebaut haben, Eigentümer desselben werden, und daß solche, die zu wenig Land haben, solches aus dem Staatsfonds bekommen sollen.

Arbeiterbewegung.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands.

Die fünfte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände am 16. und 17. Dezember war ausschließlich praktischen Gewerkschaftsaufgaben gewidmet. In erster Stelle der Beratung stand die weitere Entwicklung der von der Generalkommission im Auftrage des Gewerkschafts-Kongresses veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Berlin, deren Wirksamkeit von den Gewerkschaften einseitig zuhause Interesse entgegengebracht wird. Viele Kurse waren zunächst auf die Dauer von vier Wochen bei einer Teilnehmerzahl von je 50 Personen begrenzt. Die praktischen Erfahrungen zwangen zu einer Erweiterung der Dauer auf fünf Wochen und der Teilnehmerzahl auf 70. Auch diese Dauer wurde noch als zu knapp empfunden, und die Ausdehnung auf sechs Wochen beschlossen, der die Zentralverbände zustimmten. Auch erwies es sich als notwendig, die den auswärtigen Teilnehmern seitens ihrer Organisationen gewährten Diäten einheitlicher zu gestalten, und wurde ein Diätensatz von 5 Mark pro Tag nebst einer Wohnungsentfaltung von 30 Mark pro Monat für die in Frage kommenden Verhältnisse als angemessen bezeichnet. Endlich wurde die Generalkommission beauftragt, den Teilnehmern an den Unterrichtskursen die zum Weiterstudium notwendigen Bücher zu einem ermäßigten Preise zu beschaffen. Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Organisation der Land- und Waldbarbeiter, wobei die bisherigen Ergebnisse und die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete eingehend erwogen wurden. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, den Zusammenschluß der Land- und Waldbarbeiter zu einer selbstständigen Organisation zu empfehlen. Sämtlich der Mitarbeiter hatte die Konferenz die Frage zu prüfen, in welcher Weise sich die Unterstützung der wegen der Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai Ausgebehalten im Einvernehmen mit der Partei am besten durchführen lasse. Den seitens der Generalkommission unterbreiteten Vorschlägen stimmte die Konferenz zu und beauftragte die Generalkommission, mit dem Parteivorstand das weitere zu regeln. Die Frage der Jugend-Organisation, die bereits frühere Konferenzen beschäftigt hatte, soll nach einem Beschluß der Konferenz auf die Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschafts-Kongresses zu Hamburg gestellt werden.

In ihrem weiteren Verlauf trat die Konferenz der Gewerkschaftlichen Literatur näher, die nach Qualität und Quantität in erfreulichem Aufschwunge begriffen, leider aber infolge mangelnder geschäftlicher Verbindungen vielfach

Wieder in des Kaisers Nähe.

Wie das „V.“ von unterrichteter Seite erzählt, dürfte Graf Lynar Moltke sofort nach der Urteilsverkündung im Prozeß Moltke-Garden in einen der höchsten militärischen Posten zu berufen. Es soll sich dabei um eine Stelle in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers handeln.

nahe bei Saturn und am 7. Januar in gerader Linie mit Saturn und Mond. Er steht in der Abenddämmerung hoch am Himmel und ist Anfangs 5 1/2, am Ende ungefähr 5 Stunden am Himmel zu sehen. — Jupiter steht am 29. d. M. von der Erde aus gesehen der Sonne gerade gegenüber, so daß er von der Mitte des Monats an während der ganzen Nacht am Himmel zu beobachten ist. Da er auch eine große Höhe erreicht, so sind die interessantesten Erscheinungen der Verfinsternungen und Bedeckungen seiner Monde sehr gut zu beobachten. So verschwindet zum Beispiel am 10. Januar für Berlin um 9 Uhr 23 Minuten 54 Sekunden der erste Jupitermond im Schatten des Planeten. Das gleiche tritt am 17. Januar um 11 Uhr 32 Minuten, 47 Sekunden, ein. — Eine interessante Bedeckung findet am 16. für Südamerika statt; es wird da der Planetoid Vesta von der Sonne bedeckt. Eine Bedeckung der Erde wurde vor zehn Jahren am 13. November 1897 von Schorr in Hamburg und Garzer in Kiel beobachtet. Es war damals deutlich zu merken, daß die Scheibe des kleinen Planeten einige Bruchteile der Sonne bedeckte, um hinter dem Monde hervorzukommen, wogegen Sterne momentan ausblühten. — Saturn steht Mitte des Monats bei Sommeruntergang im Meridian und ist Anfangs 5 1/2, zuletzt nur noch drei Stunden des Abends am westlichen Himmel zu sehen.

Aus aller Welt.

Das Ehebruchs- und Offiziers-Drama in Wien. Die beschriftete nach wie vor die Öffentlichkeit. Nach den letzten Meldungen scheint die Darstellung des Hauptmanns Goeben und der Frau v. Schönebeck, als ob die Ermordung des Majors nur darauf zurückzuführen sei, daß der Hauptmann in dem Moment, als er von dem Major überrascht wurde, aus Notwehr seinen Revolver zog und den Major niederschloß, falsch zu sein. Der Brief des Hauptmanns v. Goeben, der bei Frau v. Schönebeck vorgefunden wurde, beweist mit aller Klarheit, daß der Mordplan zwischen dem Hauptmann und seiner Geliebten bis in das kleinste Detail ausgearbeitet worden war und daß beide es nur einem passenden Moment vorbehalten, den ihnen unangenehmen Briefen aus der letzten Zeit vor der Mordtat soll ferner zweifellos hervorzuheben, daß v. Goeben sich in dieser Zeit in einem Zustande wahnwitziger nervöser Ueberregung befand. Frau v. Schönebeck wird von ihrem Hausarzt als eine hysterische und morbinanfällige Frau geschilbert. — Im Verlaufe eines Lokal-

noch vom buchhändlerischen Markt ausgeschlossen ist. Es ist für
Bretle, die den Gewerkschaften nicht sehr nahe stehen, mitunter
sehr schwer, gewerkschaftliche Berichte, Statistiken, Protokolle oder
Dokumente zu erhalten, die besonders für die soziologische
Wissenschaft von Wert sind. Um den Anschluss aller Gewerkschaften,
die eigene Literatur veröffentlichen, an den deutschen
Buchhandel zu bewirken, empfiehlt die Generalcommission den Vor-
ständen, einen Teil der Auflage ihrer Schriften der Verlags-
buchhandlung Vorwärts in Berlin in Kommission zu
geben, die den Vertrieb unter günstigen Bedingungen
übernehmen will. Diese Anregung fand bei den Gewerkschafts-
vorständen allseitige Zustimmung.

Bei der Erörterung des Standes der Gewerkschaftsliteratur
wurde auch der Wunsch ausgesprochen, die Generalcommission
möge ein Geschichtswerk über die frühesten Gewerkschafts-Ent-
wickelungen, zunächst abschließend mit dem Erlass des Sozialisten-
gesetzes, herausgeben. Die Generalcommission sagte die Er-
wägung dieser Anregung zu.
Den Rest der Verhandlungen bildeten eine Reihe geschäft-
licher Fragen, wie die Behandlung von Ausruhen zur Verbin-
dung und Unterstützung von Genossenschaften, und zum Bau
von Gewerkschaftshäusern.

Die Bergarbeiter und das Knappschaftsstatut.

Die Ablehnung des neuen, namentlich von der Regierung
ausgearbeiteten Statuts durch die Generalversammlung des all-
gemeinen Knappschaftsvereins in Essen haben wir bereits kurz
gemeldet. Ueber den Verlauf der Sitzung liegen folgende Mit-
teilungen vor:

Anwesend war als Vertreter des Ministers für Handel
Geheimer Oberbaurat Steinbrunn. In längeren Ausführungen
referierte als Vertreter der Werke Bergarbeiter Kleine und
über die Wünsche der Bergarbeiter der Knappschaftsstatute
Nobis. Es schien zeitweise, als ob eine Einigung herbei-
geführt werden würde, da beide Parteien den Anschein erweckten,
einen Vergleich herbeizuwünschen.

Nach vierstündiger Dauer fand die Abstimmung statt.
Sicheres Resultat wurde der Antrag auf An-
nahme des Knappschaftsstatuts einstimmig angenom-
men, von den Vertretern aber wurde er mit 235 gegen
88 Stimmen abgelehnt. Hierauf versuchten nochmals im
Namen der christlichen Bergarbeiter die Vertreter
Schulte, Nobis und Eckhard einen neuen Vergleich an-
zubahnen, und zwar machten sie den Vorschlag, den Beitrag von
89 Pf. auf 1 Mark zu erhöhen. Dieser Vorschlag wurde von
den Werkschreibern mit 1910 gegen 300 Stimmen abgelehnt.
Aelterer Nobis behauptete in seiner Rede, daß der Grall und
Unfriede unter den 300,000 Bergarbeitern groß sei, und daß
es gewissermaßen notwendig sei, ein Vergleichsstatut anzunehmen.

In einer stark besuchten Bergarbeiter-Versammlung, die
zwecks Stellungnahme zu dem abgelehnten Knapp-
schaftsstatut in Essen veranstaltet war, wurde folgende
Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt sich einmütig mit dem Ver-
halten derjenigen Vertreter, die in der gestrigen Generalver-
sammlung in Vorschlag der Statutenentwürfe der Werkschreiber
abgelehnt haben, und spricht ihnen ihre Anerkennung für
ihre mannhafte Haltung aus. Sie betont ausdrücklich, daß
nach ihrer Überzeugung die Schuld an dem Scheitern der
Einigung diejenigen Werkschreiber trifft, die den Ver-
mittlungsversuch Schulte-Nobis ablehnten. Im neuen
Zwangstatut erblickt die Versammlung ein Pro-
dukt der bergarbeiterfeindlichen Geset-
gebung des preussischen Landtages. Die Vor-
gänge im Ruhrer Knappschaftsverein haben so deutlich wie
nur möglich gezeigt, daß die Bergleute nicht eher zu einem
Lebensschicksal gelangen und ihre alten Knappschaftlichen
Rechte wieder erhalten, als bis die ganze die Bergarbeiter
betreffende Gesetzgebung einem Parlamente überantwortet
ist, das aus allgemeinen, gleichen, direkten
und geheimen Wahlen hervorgegangen ist.
Das neue, von der Regierung ausgearbeitete Zwangs-
statut trat mit dem 1. Januar in Kraft.

Auf einen zehnjährigen Bestand kann jetzt auch der Ver-
band deutscher Bauwirtschaften zurückblicken. Mit
dem 1. Januar 1893 trat diese Gewerkschaft ins Leben, nachdem seit
dem Jahre 1891 einige lokale Bauvereinigungen bestanden, die
sich der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen hatten. Dem
Zentralverbande traten mit dem 1. Januar 1893 nur neun Lokal-
vereine mit 915 Mitgliedern bei. In den nächsten zwei Jahren
brachte die Organisation nur auf 12 Verwaltungskreise mit
1387 Mitgliedern. Der letzte Verbandstag (April 1906) verzeichnete
erst 3998 Mitglieder, das Jahr 1907 schließt mit etwa 7000 Mit-
gliedern in 65 Jahrestellen ab. Der Bauwirtschaftenverband
marschiert also mit schnellen Schritten auf das erste Zehntausend
Mitglieder los. In etwa Jahresfrist soll der Zusammenschluß mit
dem Heimwerker-Verband, der heute etwa 3000 Mitglieder zählt,
vollzogen werden.

terminus bezeichnet Hauptmann von Goeben die Stelle, an der er die
Bilhoie, mit der er den Major von Schönebeck tötete, in die Akt ge-
worfen habe. — In der Affäre wird noch weiter gemeldet: Frau
von Schönebeck, eine geborene Lübeck, stammt aus Götting; sie ist eine
Tochter des verstorbenen Patentanwaltes Richard Lübeck. Ihr Name
wurde bereits in einem Berliner Wucherprozeß genannt, in dem
mehrere Offiziere als Kaugen aufzutreten gezwungen waren. Einige
dieser Herren waren durch den Aufwand, den sie als Verehrer der
schönen und lebenslustigen Frau machten, in die unangenehme Lage
gerathen, sich an Wucherer binden zu müssen, um sich über Wasser
zu halten.

Diese Nachrichten lassen es als völlig ausgeschlossen erscheinen,
daß — wie bisher noch immer einige Zweifler behaupteten — Frau
v. Schönebeck ihren Gatten selbst erschossen hat, und daß Hauptmann
von Goeben sich ritterlich für sie opfert. In Wirklichkeit hat Haupt-
mann von Goeben den Mord begangen, und zwar unter Umständen
die ebenso wie die Wöhrer mehr einem Roman entstammen zu sein
scheinen als dem wirklichen Leben. Ein Telegramm des „V. L.“
meldet darüber noch folgende Einzelheiten:

Hauptmann v. Goeben erschien am 24. Dezember bei einem
Freier in Henslein, um sich eine Gesellschaft zu kaufen,
die er angeblich am ersten Weihnachtsfestabend während einer Ge-
sellschaft in der Villa des Majors v. Schönebeck
gebrauchen wollte. Besonders Wert legte der Freier auf eine
große Defenno für die Augen. Auf dem Hofe des alten
Schlosses nahe der Villa Schönebeck steht Nachtis Kreis ein Posten.
Dieser hatte in der Nacht des zweiten Heiterfestes gleich nach 12 Uhr
in der Richtung der Schönebeck'schen Heule einen Schuß fallen
hören. Er ging nach seiner Richtung hin und beobachtete das Haus
des Majors, ob er irgend etwas Verdächtigtes wahrnehmen würde.
Er sah aber nichts. Der Mörder war ja bekanntlich noch der ent-
gegengesetzten Seite durch das Fenster geflohen. Eine Stunde später
schickte sich der Herr in die Villa Schönebeck, von der der Posten,
der auf seine Abwesenheit in der letzten Nacht wartete, nach der Zeit
fragte. Es war 1/4 Uhr. Der Herr in Zivil ging dann weiter
nach dem Hause Schönebeck's zu. Hier trat er auf eine Patronen-
kiste, einen Schreiner und einen Soldaten, der den Posten am alten Wägen-
schloß abhaken sollte. Der Herr in Zivil, dessen ganze Bekleidung
auf den Hauptmann v. Goeben paßte, verstaute sich beim Abzug der
Patronen in eine dunkle Kammer des Schönebeck'schen Hauses.
Dem Schreiner kam kein Scherzen vor. Er ging auf den
Hauptmann zu, der darauf in höchster Eile die Flucht nach
der Villa Schönebeck ergriff und dort verschwand. Aus diesen Mit-
theilungen ergibt sich das Bild von dem Verbrechen im Hause Schönebeck's

Die Silbener-Nummer der „Arbeitgeber-Zeitung“.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 59 u. a.:
Die Drahtarbeiter in Berlin, die zu Beginn des Jahres
einen Streik einleiteten, der noch nicht völlig beendet ist, erdrieten
in einer Branchenversammlung die Arbeitlosheit in ihrem Beruf.
Beim Arbeitsnachweis waren im Oktober 8100 Arbeitslose notiert,
im gleichen Monat des Vorjahres nur 2900; im November v. J.
soll die Zahl 4000 überschritten haben.

4000 arbeitslose Drahtarbeiter! Dabei gibt es in den ge-
samten Drahtwarenfabriken von Berlin und Umgebend bis Potsdam
und Fürstentum selbst in der flotten Geschäftigkeit keine 600 Draht-
arbeiter.

Auch sonst bringt die „Arbeitgeber-Zeitung“ über die Metall-
industrie in derselben Nummer derartig falsche und überschobene Nach-
richten, daß man annehmen darf, der Verfasser hat im voraus etwas
viel Silbervorwand zu sich genommen.

Wir würden, so schreibt der „Vorwärts“ von diesen, durch
Sachkenntnis nicht getriebenen Informationen keinerlei Notiz nehmen.
Da aber die „Arbeitgeber-Zeitung“ sich des öfteren erlaubt, höflich
auf angebliche Unrichtigkeiten in der Arbeiterpresse hinzuweisen, sei
hier auch einmal die Leistung der „Arbeitgeber-Zeitung“ tiefer gehängt.

Die sechste Generalversammlung des Verbandes der
Deutschen Buchdrucker wird in der letzten Woche des Monats
Mai d. J. in Köln stattfinden. Etwaige Anträge sind bis zum
5. März eingzureichen.

Gewerbegerichtswahlen. In der letzten Zeit in Bayern
vorgenommene Gewerbegerichtswahlen zeigten für die
freien Gewerkschaften gute Erfolge. In Kissingen, das auf das
unablässige Streben der freien Gewerkschaften endlich ein Gewerbe-
gericht erhielt, kamen die von allen Seiten geliebten christlichen Ge-
werkschaften trotzdem auf nur 122 Stimmen, denen die freien Ge-
werkschaften gegenüberstellen konnten. In Erlangen hatten die Christlichen
mit den Nicht-Dunklerischen ein Wahlbündnis geschlossen, das jedoch
zu keinem erhebenden Resultate führte. Die Liste der freien Gewerks-
schaften erhielt nämlich 855 Stimmen, die gewerkschaftliche nur 188. Auch
in Pasing holten sich die Christlichen keine Verbündeten. 64 Stimmen
war für sie der Effekt aller Anstrengungen, die freien Gewerkschaften
aber brachten es auf 370.

Streikende Motoromnibusführer. Ungefähr 1000 Schaff-
ner und Führer der Londoner Motoromnibusse sind infolge der Mit-
teilung, daß ihr Gehalt herabgesetzt würde, die Motoromnibus-
gesellschaften durch den Wettbewerb der neuen Tunnelbahnen Ver-
luste erleiden, in den Ausfall getreten. Von den Angehörigen der
elektrischen Straßenbahn streiken nur noch die der Londoner Roadcar-
Gesellschaft.

Zum Ausstand in der Krefelder Textilindustrie. Der
Arbeitsverband der deutschen Textilindustrie zu Berlin, Bezirk
Nachen, erlachte nach genauer Kenntnisnahme der gegenwärtigen
Streiklage in Krefeld die Berechtigung des Standpunktes der Kre-
felder Unternehmervereine an und stellte seinem Mitgliede, dem Ar-
beitsverbande der Rheinischen Seidenindustrie, den gesamten Schluß
des deutschen Arbeitsverbandes der Textilindustrie voll und ganz
zur Verfügung. — War gar nicht anders zu erwarten. Die Berech-
tigung der Krefelder Unternehmer, in den Arbeitern eine Lohnerhöhung
zu verweigern, war doch schon vorher erwiesen, einer Stellung-
nahme dazu bedurfte es wirklich nicht erst.

Achtung, Brauerarbeiten! Stellenverleiher, sogenannte
Arbeitswilligen-Agenten, treiben wieder einmal ihr Handwerk. Für
dieses Mal haben sie sich den Oken des Reiches, speziell die Pro-
vinz Schlesien, dazu ansehnlich. Es werden, wie uns aus
Braunkreiseln getrieben wird, Arbeitskräfte für die Walzfabriken
Köln am Rhein gesucht. Selbstverständlich müssen es be-
dürftigste und billige Leute sein und vor allem Unorganisierte.
Da es sich hier wie auch in den meisten anderen Fällen um die
Stellen von im Kampfe befindlichen Kollegen handelt, so seien die
Kollegen allerorts gewarnt.

Arbeiterjugend und Alkohol. Wie die „Arbeiterjugend“
mittelt, wurde auf dem 3. Herbsttag der christlichen Arbeiter-
jugend Niedersachsens folgende Resolution angenommen:
Resolution: Wir beschließen, den Alkoholsmiss im all-
gemeinen und insbesondere innerhalb des Bundes der Arbeiterjugend
mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und verlangen
von allen Verbänden:

1. Fernhaltung aller alkoholischen Getränke aus allen Vereins-
lokalen.
2. Verbreitung von über die Schädlichkeit des Alkoholsmiss
aufklärenden Schriften, wozu als besonders geeignet die vom Kol-
legen Ziel verfasste Broschüre, welche unter dem Titel „Der Al-
koholismus, Einführung in ein soziales Problem“ in Halle in
2. Auflage erscheint, empfohlen wird.
3. Annahme von in die Arbeiterbewegung einfließigen Pro-
schüren und Büchern in die Vereinsbibliothek.
4. Alljährlich zum mindesten einen Vortrag gegen den Al-
koholismus stattfinden zu lassen.

Schöne Solidarität ungarischer Kellner. Wie aus
Budapest gemeldet wird, fand vor einigen Tagen anlässlich der Kon-
stituierung der Unabhängigen Partei des hauptsächlichsten ersten Bezirkes
in einem Gasthause in Wien ein großes Parteioberer statt. Die zwölf so-
zialistisch genannten Kellner, die bei diesem Souper die Gäste bedienen

solten, traten unmittelbar vorher, nachdem sie erfragt hatten, daß
auch der Parteipeter der Arbeiterebene, Franz Kossuth, an diesem Souper teilnehmen werde, in den
Stuhl. Das Arrangementskomitee half sich in seiner Verlegenheit
damit, daß dessen Mitglieder selbst die Bedienung übernahmen. Es
wurde Polizei requiriert, um eventuelle Ruhestörungen seitens der
streikenden Kellner zu verhindern, allein diese Maßnahme erwies sich
als überflüssig, da sich die Kellner um die Bekehrten von der Regierung
abhängigen Herren und ihre Schmausereien nicht weiter scherten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Januar.

Geschichtskalender.

4. Januar.

- 1785 Der Sprach- und Altertumsforscher Jakob Grimm in Hanau
geboren.
- 1786 Der Philosoph Moses Mendelssohn in Berlin gestorben.
- 1823 Der Philolog Georg Büchmann, Herausgeber der „Gesägelten
Worte“, in Berlin geboren.
- 1849 Franz Gabelsberger, Begründer der deutschen Stenographie,
geboren.
- 1907 Genosse Adolf Jock-Beipzig gestorben.

Die Neujahrssitzung der Stadtväter

Land gestern, wie alljährlich, unter einem beträchtlichen
Aufwand von schwarzen Fräuden und goldenen Ketten statt,
die merkwürdiger Weise angelegt werden, wenn der Vor-
stand der Versammlung für's beginnende Geschäftsjahr ge-
wählt werden soll. Diese Wahl widelte sich unter der Lei-
tung des alten ehrlichen Liberalen Ehrlich, der zur
Würde des Alterspräsidenten kam, weil die beiden früher
Geborenen fehlten, glatt ab. Es erhob sich gegen die
Wiederwahl der bisherigen Vorstandschaft durch Zuruf kein
Widerspruch, und so kam die sechsstöckige Leitung der Ver-
sammlung schnell wieder zustande. Dem bisherigen Vor-
sitzenden, Gemeinrat Dr. Freund, gaben auch unsere
beiden Genossen ihre Stimme, da er in seiner Geschäfts-
führung auf die einzige Vertretung der Arbeiterpartei
immer loyal Rücksicht genommen hat. Wenn auch bei einer
schriftlichen Abstimmung bei den weiteren Wahlen einzelne
Namen zu streichen gewesen wären, die Mühe einer Zettel-
wahl lohnt der einflusslose Widerspruch nicht. Hoffen wir,
daß an der nächsten Vorstandswahl eine etwas größere
Gruppe sozialdemokratischer Stadtverordneten sich beteiligen
kann. Bis dahin dürfte auch das traute Einbernehmen
wieder in die Brüche gegangen sein, das gegenwärtig zum
gemeinsamen Vorschlag von Vorstandspersonen durch die
liberale und die konservativ-liberale Gruppe führte. „Ja,
wir lassen uns jetzt von vorne und von hinten“, meint ein
höhnlicher Radikalist, der diesem merkwürdigen Modus mit
großem Mißtrauen begegnet. Na, das Krüßen wird schnell
genug ins Krutzen übergehen!

Vor diesen Wahlgeschäften hatte der Vorsteher, der
übrigens sein Amt zum zweiundzwanzigsten Male antritt,
einen besonders warmen Nachruf dem verstorbenen Kom-
merzienrat Molinari gewidmet, der von 1864—1867
der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung angehört hat.
Aus eigenem Wissen konnte keines der heutigen Mitglieder
mehr die einstige kommunale Tätigkeit des Verstorbenen
würdigen, doch aus zweiter Hand mußte Gemeinrat Doktor
Freund mitzuteilen, daß Molinari zu jenem Kreise gehörte,
der in den angegebenen Jahren eine Umwälzung des Ma-
gistrats und der Stadtvertretung herbeiführte, weil die
bisherigen Mitglieder als Reaktionäre sich dem Zuge der
Zeit gegenüber verständnislos verhalten hatten. In der
Betonung dieses Umstandes fand der Vorsteher den Reso-
nanzboden für seinen Nachruf.

Es waren eigentlich nur Grundwertverbisfragen, die nach
Eintritt in die Tagesordnung Anlaß zu kurzen Debatten
gaben. Einmal der Verkauf der Oltajiner Grunden für den
Preis von 15, 27 und 120 zu städtischen Zwecken für den
auf 409,354 Mark herabgesetzten Preis. Der Referent hielt
auch diesen Preis noch für zu hoch und wollte auf den
ganzen Kauf verzichten; hier trat ihm jedoch Stadtd.
Bohl entgegen, der die Grundstücke nicht zu teuer fand und

Wahnsinn grenzenden Zustand von Liebeskraserei
bezangen haben.

Noch ein Offiziersdrama. In den ersten Stunden des neuen
Jahres drang bei London der von seiner Frau geschiedene Major
Phillips in die Wohnung seiner Frau im Dorfe Crookheim ein
und verwundete mit einem Pistolenknall seine Schwiegermutter, ver-
sehlte dagegen seine Frau und seine 16jährige Tochter und jagte sich
dann selbst eine Kugel durch den Kopf.

§ 175. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte
den Kommiss Wilhelm Kropf wegen Vergehens im Sinne des § 175
des Strafgesetzbuchs und versuchter Erpressung zu 9 Monaten Ge-
fängnis und den Wärter Jakob Rila wegen des zuerst genannten
Vergehens zu 3 Monaten Gefängnis.

Eine wahnstunige Kindesmörderin. Eine Frau K. in
Königsberg hat, die vor längerer Zeit in einer Irren-
anstalt gewickelt hatte und als geheilt entlassen worden war, schenkte
im vorigen Monat einem Knaben das Leben. Dieser Tage brach
plötzlich bei ihr wieder der Irrenan aus. Die Unglückliche entfernte
sich mit dem Kinde auf dem Arm aus ihrer Wohnung, besaß sich
nach der Göttinger Bahn und schleppte ihren Säugling vor die
Maschine eines heranbrausenden Schnellzuges. Kaum war der Zug
vorüber, so stürzte die wahnstunige Frau auf die Gleise und zum
Leidwesen ihres Kindes. Ruhig ließ sie sich dann von herbeieilenden
Bahnbeamten abführen.

Ein Polizist auf der Bühne. In dem großen Opernhaus
in Boston fand unter seltsamen Umständen eine „Tombadour“-
Aufführung statt. Der Tenorist Carlo Albani, der den
Mauricio spielte, wurde zwischen dem ersten und zweiten Akt von
einem Polizisten verhaftet. Der Unternehmer des Metropolitan-
Opernhauses in New York hatte seine Verhaftung wegen Betrugs-
brüdes veranlaßt. Da der Unternehmer des großen Opernhauses
in Boston nicht sofort einen Ersatz für Albani finden konnte, rebete
er dem Polizisten zu, den Sänger noch bis zum Schluß der Oper
in Freiheit zu lassen. Der Polizist ließ sich schließlich überreden, ver-
sahnte jedoch, daß ihm geflattet werde, den Sänger während
der ganzen Aufführung auf der Bühne zu be-
gleiten. Von diesem Entschlusse war er nicht abzubringen, und
die Zuschauer sahen zu ihrem Staunen, wie der Polizist den Sänger
auf Schritt und Tritt begleitete. Das Stücken läßt sich bald in
Freiheit auf, die besonders laut wurde, als der Polizist beim Schluß
des Aktes mit dem Sänger vor dem Vorhange erschien. Der
spöttische Beifall, der dem Polizisten zuteil wurde, erregte diesen so,
daß er drohte, den Sänger sofort abzuführen. Ganz außerordentlich
komisch war es, wenn Maurizio auf der Bühne eine unerwartete
Bewegung machte und der Polizist ihm mit einem Satz nachzuar-
beitete, daß der Sänger sich ihm entgegen wolle. Die
Beitrittszeit des Hauses stieg schließlich so, daß die Stimmen der Sänger

den Erwerb für die Stadt wünschenswert hält. Auch der Bürgermeister vertrat seinen bekannten Standpunkt, daß die Stadt zugreifen habe, wenn sich ihr an der Peripherie Grund und Boden zu einermachen annehmbaren Bedingungen bietet. Er erzielte aber infolge Einspruch des Grundstücks-Sachverständigen Bischof nur, daß die Vorlage noch einmal in die Ausschüsse 2 und 4 wandert. Stadtb. Bischof stützte seinen Widerspruch besonders mit der gegenwärtigen Geldknappheit und dem geringen Zuwachs unserer städtischen Bevölkerung durch Zugang. Und mit der Parole: „Immer langsam voran!“ findet er in der schwarzen Erde hinter sich immer Beifall.

Vergeblich blieb dagegen der wiederholte Einspruch des Stadtb. Steuerg. gegen die Austauschpreise für die Grundstücke an der Ecke des Christophoriplatz und der Ohlauerstraße, bei denen die Stadt für das Land an der Ohlauerstraße, das zur Straßenverbreiterung verwendet werden soll, beträchtlich höhere Entschädigung bezahlen muß, als sie für das abgetretene Land am Christophoriplatz erhält. Verwaltungsbearbeiter und Juristen betrafen ihn darauf, daß dieser Umstand dem kommunalen Einkommen nur geringfügig auf den Konto geschrieben werden muß. Herr Stein ließ sich nicht überzeugen, aber er getraute sich auch nicht, für seine Meinung durch eine ablehnende Stimme einzutreten. Die Widerlegung durch den Oberbürgermeister, sowie die Stadtb. Räte und Seiberg führte die Annahme der Vorlage herbei.

Auf den Eisenbahnen... Nach dem Eintritte in die Nähe der Eisenbahnen gelegenes Grundstück von 35 Hektar Größe nach dem Wunsche des Magistrats für 17,500 Mark, also 5 Mark für den Quadratmeter, angekauft werden, die Stadtvorordneten-Versammlung will auf Vorschlag ihrer Ausschüsse nur 12,000 Mark zahlen. Stadtb. Räte haben die Besetzung, den Magistrat dafür zu stellen, in derselben Gegend ein günstiges Angebot zurückgewiesen habe. Daß Stadtb. Räte in diesem Falle selbst der Anbietende war, berichtet er der Versammlung nicht.

Angenommen wurden folgende Vorlagen:

Eine Beihilfe von 5000 Mark an den Schlesischen Altentumsverein zur Herausgabe eines Verzeichnisses der Goldschmiedarbeiten schlesischen Ursprungs oder aus schlesischem Besitz. Der Referent hat in einem Bericht vor dem Ausschusse auf den Wunsch, die Ausstellung solcher Werke aufgewendet werden kann, während bei sonstigen Vorkommen eine gewisse Rücksichtlichkeit obwalten, doch empfahl er die Annahme.

Aufwendung von 2570 M. für verschiedene Verbesserungen an den Baule- und Flußbädern.

Vestibulierung der Bezüge des vom 1. Februar neu angestellten Beauftragten des Friedhofes in Rosel auf 1800 M. jährlich steigend bis 3200 M. und freie Wohnung.

Vermietung des Gutshausausbaus in Pirscham für 900 Mark jährlich auf drei Jahre.

Ausführung der Kanalarbeiten zweier neuentstandener Straßen der Sandvorstadt (Hedwig- und Friesenstraße) durch Steinsejmeyer Wellenbaum.

Maßnahmen beim neuen Gehweil für die Kanalisation von Morgenau und Umwehung der am Weidenbäum errichteten Anlage mit einem eisernen Zaune für insgesamt 1150 M.;

Demirung der Balneologischen Gesellschaft am 7. März im Rathhause;

Vergebung der Buchbinderarbeiten an die Buchbindermeister Schröder und Kintz. Der Wunsch des Referenten, abgeschlossene Verträge nachträglich „wohlwollend“ zu verändern, das heißt höhere Preise zu zahlen, fand den Widerspruch des Oberbürgermeisters.

Weiterverpachtung der Oberläufe vom Bürgerweider nach der Nikolaivorstadt an die Schiffer Jonasschen Eheleute für 1065 Mark jährlich auf sechs Jahre;

Abänderung des Fluchtlinienplanes für die Verbindungsstraße zwischen Nikolaivorstadt und Bürgerweider in der Weise, daß der Friedhof der Postkirchengemeinde abweichend von der ersten Festsetzung nicht von der Bebauung ausgeschlossen wird;

Ausführung des Vertrages über die Abhaltungunterhaltung der Bischofsstraße mit der Firma Ferschle und Uebertragung der Unterhaltung an die Firma Ferschle;

An den Ausschuss gingen die Pläne zum Erweiterungsbau des Schlachthofes. Debattelose Zustimmung fand die Abänderung der Bestimmungen über die Untertüchtigkeit der Arbeiter. Die Rente soll von dem 18. Lebensjahr ab

berechnet werden und nach zehnjähriger Dienstzeit zwanzig Sechstel des Jahreslohnes betragen. Mit jedem folgenden Jahre der Dienstzeit steigt die Unterfügung um ein Sechstel des Jahreslohnes bis zum vollendeten dreißigsten Dienstjahre, und von da ab um ein Hundertzwanzigstel des Jahreslohnes bis zum Höchstbetrage von fünfundsiebzig Sechstel im ganzen.

Den Schluß der Verhandlungen bildete die Zustimmung der Versammlung zu einem zwangsweisen Umlageverfahren auf den zur Bebauung heranziehenden Gebäuden, wo der schmale Terraintreifen einer Frau Schmidt die nutzbringende Verwertung von Nachbargrundstücken hindert. Dieses Hindernis soll dadurch beseitigt werden, daß man der Frau Schmidt ein gleiches Stück Boden an anderer unschädlicher Stelle zuweist, und das in Frage kommende Terrain den Nachbarn zuweist. Das Gesetz vom 1872, auf welches sich dieses Verfahren stützt, ist eigentlich für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke berechnet, und es fragt sich noch, ob seine Anwendung hier durch alle Instanzen für Recht erlangt wird. Zu wünschen wäre es jedenfalls.

Trotzdem die Uhr erst 6¼ zeigte, ließ der Vorsitzende die Beratung über die anständige Lohnklausel, die noch vom alten Jahre vorliegt, nicht weiter führen, sondern schloß die Sitzung um diese Stunde.

* Behördlicher Druck auf einen ländlichen Gastwirt.

Unter dieser Schlagmarke berichteten wir kürzlich, daß der Zahlstelle Breslau des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands durch den Amtsvorsteher in Weidenhof eine Festlichkeit veranstaltet werden ist. Dektier sollte am zweiten Weihnachtstage im Lokale des Gastwirts Peuler in Leipzig stattfinden. Der Amtsvorsteher hielt es nicht für erwiesen, daß die Mitglieder der genannten Zahlstelle einen Verein bilden respektive als solcher registriert sind, daß ihnen das Recht zustehe, bei einem Vergnügen als geschlossene Gesellschaft auftreten zu können. Er versagte dazu die polizeiliche Genehmigung, um die er überhaupt nicht ersucht worden war, da bei Vereinsvergügen die einfache Anmeldung genügt. Das Vergnügen trotz des Verbotes abzuhalten, konnten sich die beteiligten Kreise nicht entschließen.

Man beschritt den Beschwerdebeweg. Seitens des Landrats für den Kreis Breslau traf das folgende Antwortschreiben ein:

Der Landrat.
Z. I. 13,218.

Breslau, den 28. Dezember 1907.

Auf Ihren Antrag vom 20. d. Mts. erhalten Sie hiermit zum Bescheide, daß ich vor Anstellung amtlicher Ermittlungen nicht in der Lage war, das Verbot des Herrn Amtsvorstehers über Leipzig vom 17. b. Mts. aufzuheben. Nachdem diese Ermittlungen stattgefunden haben, muß ich Ihren Antrag aus nachstehenden Gründen zurückweisen.

Es ist weder anzunehmen, noch ist es von Ihnen glaubhaft nachgewiesen worden, daß die Mitglieder der Zahlstelle Breslau und Umgegen des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands einen abgegrenzten Kreis innerlich verbundener Personen bilden und es fehlt daher für dieselben das Merkmal, welches sie als einen Verein oder als geschlossene Gesellschaft erscheinen läßt. Aus diesem Grunde können Sie bezw. die Zahlstelle bei Veranstaltungen von Festlichkeiten auch nicht darauf Anspruch erheben, als geschlossene Gesellschaft gelten zu dürfen. Es muß daher auch dahingestellt bleiben, ob die Zahlstelle registriert ist und ob und in welcher Weise die Ortspolizeibehörde sich darüber Gewißheit verschafft hat.

J. A. : Schhardt.
Regierungs-Magistrat.

Dieser Entscheid dürfte einzig in seiner Art sein, in den Volkstreffen wird er nicht verstanden werden. Der Beschwerdebeweg wird seinen Fortgang nehmen. Unter einem Verein ist eine freiwillige Vereinigung mehrerer Personen zu einem dauernden, gemeinsamen Zwecke und unter einer gemeinsamen Leitung zu verstehen, sagt eine Entscheidung des Obertribunals (O. N. XVII. 522). Diese Entscheidung dürfte dem Vertreter des Herrn Landrats bekannt sein. Auch die Mitglieder der genannten Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes haben sich freiwillig vereinigt, jedes Mitglied zahlt sein Eintrittsgeld und verpflichtet sich zur Innehaltung des Verbandstatuts. Sie bilden also einen „abgegrenzten Kreis innerlich verbundener Personen“, denn der gemeinsame Zweck ist im Statut dargelegt, auch ist die gemeinsame Leitung vorhanden. Dieser Beweis ist dem Herrn Landrat erbracht worden durch eine Bescheinigung des Königl. Polizeipräsidenten in Breslau vom 6. März 1907, in welcher in Gemäßheit des Paragraph 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 bescheinigt wird, daß die Satzungen und das Mitgliederverzeichnis der Zahlstelle eingereicht und der Vorstand derselben angezeigt worden ist.

Der Vertreter des Herrn Landrats mit amtliche Ermittlungen angestellt, diese müßten ergeben haben, daß im Paragraph 2 des behördlich genehmigten Verbandstatuts als Zweck der Organisation unter anderem auch angegeben wird: „Pflege der Geselligkeit unter den Mitgliedern und ihren Familien.“ Damit erscheint uns der Beweis erbracht, daß es sich hier um einen registrierten Verein handelt, dem das Recht zusteht, bei einem Vergnügen als geschlossene Gesellschaft auftreten zu können. Dieses ist auch bereits in zahlreichen Fällen geschehen. Dieses Recht hat der kleinste Vortereverein oder Freizeitsklub, um wie viel mehr aber eine Zahlstelle von 1500 Mitgliedern.

Dem Gastwirt Peuler in Leipzig ist jetzt schon so mancher Verdienst verloren gegangen, weil man in seinem Lokal geplante Festlichkeiten unzulässig machte. Er stellt seine Aktivitäten der Arbeitererschaft zur Interessensvertretung zur Verfügung, ergo hat er berechnigte Ansprüche auf stärkere Frequenz seines Lokals seitens der organisierten Arbeitererschaft.

* Wo blieben hier die Schutzleute? Ueber

recht turbulente Ausschreitungen in der Silvesternacht, die zeitweise zu schlimmen Exzessen eines Kordobhausens ausartete, meldet ein hiesiges Blatt folgendes:

Gegen 4 Uhr früh kam ein Herr mit einer Dame von einer privaten Silvesterfeier die Schweinigerstraße entlang dem Wege an der Köppler Höhe gemahnten sie, daß es verbotlich sei, dort zu stehen. Öffentlich lehnt der Mann das Gesuch ab und

Marshallgasse ein anderer Mann — er hat über 100 — hat angefangen zu tanzen. Um einwigen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, gingen die Beiden auf die andere Seite der Straße, wurden aber schon in wenigen Augenblicken von der Menge — gewaltig halbnackter Mob — umringt und tödlich angegriffen. Dem Herrn wurde der Kniefer vom Gesichte und der Stock aus der Hand gerissen. Zugleich versuchte man zu seinem Portemonnaie zu gelangen, was jedoch des biden Ueberstiegers wegen nicht gelang. Da er die ebenfalls angegriffene Dame beschützen wollte, konnte er für sich selbst nicht sorgen. Die Angriffe auf die Dame waren derartig roh und gemein, daß wir uns eine Schilderung ersparen müssen. Nur soviel sei gesagt: Nicht nur der Kleiderrock, sondern auch die Unterkleider wurden gerissen, ja sogar die Wäsche wurde der Armen hochhändig vom Leibe gerissen und zugleich wurde sie in empörender Weise mißhandelt und verlegt. Beide Ueberfallene und andere Personen, die nicht zu dem Geschehen gehörten, schrien sich heifer nach Schutzmanns Hilfe, aber keine Helfsbote ließ sich sehen. Hilfe kam lediglich von einem fremden jungen Mann, (nach dem knappen Polizeibericht ein Koch), der sich bis an die Ueberfallenen durchdrängte, die Dame ergriß und sie fortstieß. Gleichgültig hielten andere unbeteiligte Straßenpassanten eine Droschke an, in die sie die Dame schoben, der nun auch der Begleiter folgte. Die Klotze der Ueberfallenen brängte aber nach, und bevor noch der Kutscher auf die Pferde einhauen konnte, war die Türscheibe des Wagens schon zertrümmert. Als der Wagen sich nun in Bewegung setzte, richtete sich die Wut des Böbels gegen den jungen Mann, der die Dame befreit hatte. Man schlug auf ihn ein mit Fäusten, Säcken und einem Eisenstück. Zum Glück erlitten nun endlich ein Schutzmann, der weitere Uebelthaten verhindern konnte.

Als es galt auf dem Striegauer Plage die lieben Arbeitwilligen vor ein paar höhnischen Zursuchen und Demonstrationen der Verachtung zu schützen, da waren Schutzleute zu Hunderten zur Stelle, zu Fuß und zu Pferde, mit Revolver und frisch geschliffenen Säbeln. Vor dem Nikolaier war ja auch der Staat in Gefahr! Aber hier, wo es sich um die eigentlichen Aufgaben der Polizei handelt, um den Schutz von Leben und Eigentum harmloser Passanten vor ruppigen Exzessanten, hier war nicht einer zu sehen — nicht einer! Ja, die Polizei hat eben ihre eigenen Ansichten über ihre wichtigsten Aufgaben.

* Vortragskursus für Parteigeschichte.

Am 6. Januar beginnt im großen Saale des Gewerkschaftshauses der bereits angekündigte Vortragskursus des Genossen Dr. Max Maurenbrecher über das Thema: „Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Sozialdemokratie“, der sich über folgende acht Abende erstrecken wird:

1. Dienstag, 7. Januar: Lassalles Vorstoß gegen die Fortschrittspartei (1862).
2. Freitag, 10. Januar: Gründung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins (1869 bis 1874).
3. Dienstag, 14. Januar: Das große Jahr der Lassalle'schen Aktion (1863 bis 1874).
4. Freitag, 17. Januar: Lassalle und Marx (1862 bis 1865).
5. Dienstag, 21. Januar: Das Problem der preussischen Reichsordnung (1866).
6. Freitag, 24. Januar: Das Problem des norddeutschen Reichstaates (1867 bis 1870).
7. Dienstag, 28. Januar: Einigung und Sozialistengesetz (1871 bis 1890).
8. Freitag, 31. Januar: Das Erfurter Programm (1875 bis 1891).

Gesamtkarten zum Preise von 75 Pf. und Einzelkarten zum Preise von 20 Pf. sind bei den Distriktsführern und im Parteisekretariat zu haben.

Indem wir die Genossen und Gewerkschaftler auffordern, sich recht zahlreich an diesem ersten größeren Vortragskursus zu beteiligen, den die Breslauer Sozialdemokratie veranstaltet, teilen wir mit, daß auch alle äußerlichen Maßregeln getroffen sind, um den Besuchern eine ungehörte Teilnahme an den Vorträgen zu sichern. Auch die Genossen der umliegenden Ortsgemeinden sind als Gäste willkommen.

* Berichtigung.

Zu der in Nr. 304 unserer Zeitung befindlichen Notiz: „Achtung, Unterhalter“, erhalten wir folgende Zuschrift: „Die in dieser Notiz enthaltene Darstellung enthält unrichtige Tatsachen. Unrichtig war insbesondere, daß bei der Firma Albert Goldstein neue Arbeitsverteilungen stattgefunden haben. Unrichtig ist ferner, daß Lohnabzüge dieserhalb erfolgt sind und unrichtig ist endlich, daß Arbeiter aus dem Grunde gekündigt worden ist, weil sie sich weigerten, für einen geringeren Lohn zu arbeiten. Richtig ist vielmehr lediglich, daß einem Arbeiter, welcher sich weigerte, bei einer mangelhaft abgetesteten Arbeit, welche er übrigens schon bezahlt erhalten hatte, Mängel abzumelden, gekündigt worden ist.“

Dieser Arbeiter hat deshalb zwei andere Arbeiter „aufgefällig“ gemacht, weshalb letztere ebenfalls gekündigt werden mußte.

Schleifische Strohhutfabrik, Albert Goldstein Nachf., Breslau, Größchenstraße 25.

Was in der Sprache der Unternehmer „auffällig machen“ genannt wird, heißt bei den Arbeitern Solidarität üben, also seinen Kollegen kameradschaftlich zur Seite stehen. Im übrigen werden wohl die beteiligten Gewerkschaftler zu diesem Sachverhalt Stellung nehmen.

* Wenig rücksichtsvoll scheint man auf dem Polizeikommissariat in der Leutenstraße 30 zu verfahren. Uns wird mitgeteilt, daß sich gestern Morgen eine große Anzahl Männer und Frauen vor dem Kommissariat einfanden, um in dieser oder jener Angelegenheit abgefertigt zu werden. So lange die Leute aber noch nicht an der Reihe waren, mußten sie auf dem Gangflur oder gar auf der Straße in der bitteren Kälte warten. Proteste beim Kommissar halfen nichts. Dieser gab den Leuten vielmehr den Rat, sich einen Ofen auf dem Buckel mitzubringen. Was diese Bemerkung nun scherzhaft und ernst gemeint gewesen sein, jedenfalls können die Anwesenden doch beanspruchen, daß ihnen bis zur Abfertigung ein angemessener Wartesaal zur Verfügung gestellt wird. Wo die Polizeikommissariate sich in den Straßen der „besseren“ Gesellschaft befinden, wird man doch diese rücksichtsvolle Behandlung üben. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur Abstellung des Uebelstandes bei.

* Frauen in der Schulverwaltung. Die vernünftige Forderung, Lehrerinnen und Mütter in die städtische Schulverwaltung aufzunehmen, scheint in Breslau durch konfessionellen Unfrieden recht schnell in Mißkredit gebracht zu werden. Auf Anregung des katholischen Frauenbundes reichen nämlich, die Schleifische „Polizeikommission“ berichtet, drei katholische Frauenvereine, der Verein katholischer schlesischer Lehrerinnen, die Sektion Mädchenhort und der katholische Frauenbund, eine Petition ein, in welcher der Breslauer Magistrat ersucht wird, seinen Beschluß, nach welchem eine Lehrerinnen zur Schulverwaltung zugelassen werden soll, dahin zu erweitern, daß nicht eine, sondern zwei Lehrerinnen, und zwar eine katholische und eine evangelische, der Schulverwaltung angehören sollen. Als ob Fragen der Konfessionsalität die Ursache zur Verhinderung der Frauen gegeben hätten! Die Petition schließt sich auf einen neuen Standpunkt an, wenn sie nicht weiter wissen, als eine bloße evangelische Frage sofort wieder mit religiösen Uebelthätigkeiten zu belegen. Einig an der Köppler Höhe gemahnten sie, daß es verbotlich sei, dort zu stehen. Öffentlich lehnt der Mann das Gesuch ab und

trägt bei seiner Verurteilung nicht nach der Konfession, sondern nach der Wichtigkeit der angehenden Leberin.

Ein reicher Bevölkerungszuwachs steht der Stadt Dresden bevor. Seit längerer Zeit haben mündere Sitten- und Verhältnisse die Wahrnehmung gemacht, daß die brave Bevölkerung es den Bewohnern des Ständeparadies Paris gleichzutun trachtet. Immer schamloser wagen sich die kleinen verhäuterten Plakate mit der Aufschrift: "Pariser Gummiwaren" oder ähnlichen Aufschriften, in die Schaufenster von Barbier- und anderen Geschäften hervor. Das wird jetzt anders werden. Die Polizei wacht zwar sonst mit Ausgangen darüber, daß in keinem Schaufenster Anschlagzettel ausgelegt werden, die das Auge irgend eines Bildhauers verletzen könnten, in jenen kleinen Schildchen hat sie selbst aber etwas Unschickliches nicht zu entdecken vermocht. Dafür hat es jedoch andere Leute gegeben, die die Polizei mit Strafzettel bestrafen, weil sie sich in ihrem sittlichen Empfinden verletzt fühlen. Schließlich haben Polizei und Staatsanwalt jenem Drängen nachgegeben und so fanden jetzt zu Jahresbeginn zum ersten Male fünf Angeklagte vor der Strafkammer, weil sie sich durch öffentlichen Auslagen der gedachten Plakate gegen die Verbote der Sittlichkeit vergriffen hätten. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Sie endete mit der Verurteilung eines der Angeklagten zu 15 Mk. Geldstrafe und drei weiteren von ihnen zu je drei Mark Geldstrafe, während ein Angeklagter freigesprochen wurde.

Wir haben uns durch jene Plakate in unserem sittlichen Empfinden noch nicht gekümmert, freilich haben wir auch weder Zeit noch Lust, an allem, was uns begegnet, Sittenschnüffelerei zu treiben. Deshalb wollen wir uns in dieser Angelegenheit auch keine besondere Sachverständigkeit anmaßen. Aber wir sind der Meinung, daß Polizei, Staatsanwalt und Richter nicht wohl daran getan haben, jene Fälle zum Gesandten von Kantonen und Gemeindeführern zu machen, denn es ist wohl kaum ein Vorteil, wenn die gedachten Gegenstände nicht in offenen Geschäften auf allerhand Schleichwegen Absatz finden.

Frequenz der Universität Breslau. Von den im Sommersemester 1907 immatrikulierten 2051 Studierenden sind 3 gekörnt, 437 mit Exmatrikel abgegangen und 10 wurden aus verschiedenen Gründen gestrichen, insofern ein Bestand von 1601 verbleibt. Wie angemeßen haben sich zum Wintersemester 1907/08 470 Studierende, insofern die Frequenz jetzt auf 2071 immatrikulierten Studierende beläuft. Hierzu kommen noch 400 Hospitanten (250 Damen und 150 Herren). Es beträgt mithin die Gesamtheit der zum Studium von Vorlesungen Berechtigten 2471.

Von den Studierenden stellte die Provinz Schlesien 1651, dann folgen: Posen mit 218, Westpreußen mit 67, Brandenburg mit 54, Ostpreußen und Sachsen mit je 17 u. u. Ausländer sind 63, darunter 45 Russen, 4 Japaner, 3 Amerikaner und 1 Australier. Die evangelisch-theologische Fakultät zählt 80, die katholisch-theologische 250, die juristische 617, die medizinische 284 und die philo-opsichische 840. Von den letzteren sind 375 für alte heim. neue Philologie und Geschichte, 118 für Mathematik und Naturwissenschaften, 54 für Chemie, 92 für Nat. anal. Chemie, 91 für Pharmazie, 15 für Zahnheilkunde, 35 für sonstige Studienschächer (Kunstgeschichte, Philologie etc.) eingeschrieben. Gegen das Wintersemester 1903/07 ist eine Steigerung von 115 Studierenden, gegen das Sommersemester 1907 eine solche von 20 Studierenden eingetreten, und in den letzten zehn Jahren ist eine Steigerung um 643 Studierende und 264 Hospitanten (darunter 217 Damen) zu verzeichnen. Bei dieser fortwährenden Entwicklung sind aber nicht alle Fakultäten beteiligt. Die beiden theologischen sind beinahe gleich geblieben, und einen ganz bedeutenden Rückgang weist sogar die medizinische Fakultät auf (1897/98 347, 1907/08 284, also jetzt 63 Mediziner weniger). Die eingetretene Steigerung der Frequenz ist also nur der juristischen und philo-opsichischen Fakultät gut zu schreiben. Es hat die letztere einen Zuwachs von 177 (440 gegen 263) und die letztere einen solchen von 457 (383 gegen 840) zu verzeichnen. Unter den einzelnen Fächern des philo-opsichischen hat besonders das philologische Studium einen großen Aufschwung genommen. Während im Wintersemester 1897/98 140 Studierende für alte oder neue Philologie bzw. Geschichte eingeschrieben waren, liegen jetzt 375 diesem Studium ob; die Mathematiker haben um 63 Eintritte zugenommen, die Studierenden der Kaweratalia und Landwirtschaft um 58, die der Pharmazie um 29, die der Zahnheilkunde um 44.

Der Dresdener Neujahrsbriefverkehr ist von der Postverwaltung ohne Verzögerung glatt bewältigt worden. Man schätzt die Zahl der in Dresden auf die Reichspost bestellten Neujahrsbriefe in diesem Jahre auf nicht über zwei Millionen Stück. Am Neujahrstag Abends waren die während der Subskriptionszeit eingelassenen Sendungen aufgearbeitet. Am 2. Januar Abends kamen die letzten Neujahrsbriefe zur Post. Auch in diesem Jahre wurden eine große Anzahl unrichtig adressierter Briefe und Karten eingeliefert. So wurden auf dem Hauptpostamt, dem Postamt I in der Albrechtsstraße, weit über 4000 Sendungen bearbeitet, bei denen Straße und Hausnummer oder wenigstens die letztere fehlte. Die Neujahrsbriefe, bei denen Empfänger oder Absender nicht zu ermitteln sind, werden verbrannt. Auf dem Hauptpostamt war eine wahre Flut von Neujahrsbriefen zu bearbeiten, womit dort zahlreiche Hände von Beamten, Unterbeamten, Hilfskräften beschäftigt waren. Die Postämter am Hauptbahnhof und Freiburger Bahnhof waren auch stark in Anspruch genommen mit dem Neujahrsbriefverkehr. Nun können die so stark durch Weihnachten und Neujahr in Anspruch genommenen Postboten wieder aufatmen.

Die Elektrische in der Neujahrsnacht. Die Frequenz der Straßenbahn in der Neujahrsnacht hat bei weitem nicht den Erwartungen entsprochen, welche die einzelnen Verwaltungen vorausgesetzt hatte, die ganze Nacht hindurch Wagen auf allen Straßen verkehren zu lassen. Trotzdem der Fahrpreis bei ihr nicht erhöht worden war, hat die Dresdener Straßen-Eisenbahngesellschaft am 31. Dezember bis früh um 7,000 Billets verkauft, welche Zahl bei an gewöhnlichen Tagen nicht erheblich übersteigt. Am Neujahrstag gab diese Gesellschaft 89,000 Fahrcheine aus. Für die künftige Straßenbahn, welche eine besondere Nachtstrecke erhält, ergab der Verkauf zu Silvester eine Einnahme von nur 310 Mk. Am Neujahr wurden für 1907 Mk. Billets verkauft.

Fernverkehr. Vom 1. Januar ab sind die Dienstleistungen der Fernsprechämter in Dresden (Oberstl.), Glemzig, Rattowitz (Oberstl.), Riesa (Oberstl.), Radeburg, Döbeln, Tarnowitz und Zittau an Sonn- und Feiertagen ebenso wie an Werktagen auf die Zeit von 7 Uhr Vormittags bis 10 Uhr Nachmittags eingestellt worden.

Neun Uhr Lebenslauf. Am morgigen Sonntagabend, und an den nächstfolgenden weiteren fünf Sonntagabenden dürfen die Geschäfte in der Stadt Dresden für den Verkauf bis neun Uhr Abends offengehalten werden.

Preussische Klassen-Lotterie. Die Ziehung der 1. Klasse 218. Klasse beginnt am 10. Januar. In derselben werden 3000 Gewinne, darunter der Hauptgewinn von 100,000 Mk., ferner je ein Gewinn von 40,000, 20,000, 10,000, 5000, zwei zu 2000, vier zu 1000, die übrigen zu 500 bis 50 Mk. gezogen. Einige Lose in Dresden, Posen und Glogau sind in den königl. Lotterie-Gewinnverzeichnissen verfügbar; Vorauszahlungen für alle Klassen sind zulässig.

Die Kälte verdrängt verschiedene Dresdener öffentlichen Institutionen eine unvorhoffte, starke Verringerung. So sind z. B. die Wärmehallen des Odenhofen und Arbeitslozes gestrichelt, desgleichen die Wärmehallen und Odenhofen der Bahnhöfe, die Reichshallen, Radeburg. Großer Andrang ist auch in den Volkshäusern, Warenhäusern und auf den Gerichten.

Aus dem Kunstgewerbeverein. Die Ausstellung im zweiten Stock ist mit Beginn des Jahres neu geordnet worden. Junggelehrten sind zu den vollständigen Dispensen und Befähigungen kollaborierende Künstler: Dresden, Riesa, Radeburg, Rattowitz, Radeburg etc. Der Vortrag des Politikers ist nach einem Vortrag in sechs Stunden der Zeit beizugeben. Der Vortrag ist ferner dem Reichshaus von Schülern der Poly-

technische Schule des Professors Hans Hofmann an der Königl. Kunst- und Kunstgewerbeschule.

Unter Deklaration für das Arbeiterheim. Der heutige Anschlag unserer Zeitung liegt ein interessanter Prospekt bei, der das Abonnement auf die immer mehr beliebt werdenden „Freien Stunden“ empfiehlt. Wir empfehlen den Inhalt desselben unseren sämtlichen Lesern und namentlich den Leserinnen zur freundlichen Beachtung.

Schulbeginn. In den städtischen Volks- und Fortbildungsschulen hat der Unterricht heute Freitag seinen Anfang genommen während in den höheren Lehranstalten der Schulbeginn auf Mittwoch, den 8. Januar, festgesetzt ist.

Die deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Dresden. Hat ihre erste Versammlung im neuen Jahre für So. nach dem 4. Januar, Nachmittags 5 Uhr, im kleinen Saale des Kongresshauses angelegt, und will der heranwachsenden Jugend Gelegenheit geben, die idealen Ziele der Friedensbewegung kennen zu lernen. Der Rechtsanwält Armer wird in einer Ansprache „Die Friedensbewegung und die deutsche Jugend“ darauf hinweisen, inwiefern die Jugend dazu berufen ist, den Friedensbestrebungen zu fördern. Fräulein Martha Santen und Herr Reinfuss werden durch Vorträge aus der Friedensliteratur den Teilnehmern an der Veranstaltung einen Anhaltspunkt zum Genuß bereiten. Der Eintritt ist für Mitglieder und Gäste frei; die Jugend ist besonders willkommen, doch wird die „Vaterlandsliebe“, die dabei gepredigt werden soll, von Unpatriotismus nicht erheblich abweichend.

Der Verein der Dienstmädchen, Wasch- und Schürzenfrauen veranstaltet Sonntag, den 12. Januar, Nachmittags 5 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses einen Unterhaltungs-Abend, bestehend in Klavier-Vorträgen, Rezitationen und weiteren Vorträgen. Als Mitwirkende sind die Herren Markt (Klavier), für Rezitationen Redakteur Ullrich und Herr Korn anzuweisen. Das reichhaltige wie gute Programm verpricht einen äußerst angenehmen Abend. Nach der Vorstellung findet ein Tanz-Kränzchen statt. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen. Programm à 30 Pf. für Herren und 20 Pf. für Damen sind in der Volkskassa, im Arbeitersekretariat, den größeren Verbandsbüros und beim Vorsitzenden W. Friedrich, Antonstraße 23, zu haben.

Die General-Versammlung des Arbeiter-Radfahrer-Vereins findet Mittwoch, den 8. d. M., Abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen.

Wohnungslos - erkranken! In der Nacht zum Montag ist der wohnungslose Schneider Paul Anders, der aus Breslau stammt, aber dessen Schicksal aber sonst nichts Näheres bekannt ist, in Berlin erkrankt. Arbeiter fanden ihn Morgens an einer Straßenecke betteln und erklärten an einem Bauzaun liegend und brachten ihn nach dem Asyl für Obdachlose. Hier konnte nur noch der Tod festgesetzt werden. Die Leiche wurde nach dem Schankhause gebracht. - Die Gesellschaft, die dem Volke Wohnung, Nahrung und Fleisch verleiht, ist die Arbeiterin, die schauerhaftesten Unfälle.

Unfälle. In das Krankenhaus der Barmherzigen Väter wurden eingeliefert: ein Gärtner aus Bohlenwitz, der eine Treppe heruntergestürzt war; ein Schneider, der von einem andern geschlagen worden; ein Häusler aus Kalschwitz, der ausgefallen und sich einen schweren Bruch des linken Beines zugezogen; ein Fleischer aus Dammberg, der auf dem rechten Arm gebrochen hatte; ein Rangierer, der auf dem Hauptbahnhof zwischen die Buffen kam, wobei ihm der Brustkorb eingequetscht wurde und der bei der Einlieferung zwischen Worte und Saal starb; ein Kutscher aus Sabowitz, der von einem Pferd geschlagen worden war; ein Knecht aus Schölkwitz, der vom Wagen abgerückt und überfahren worden war; ein Schüler aus Schölkwitz, der auf einen Schrank gestürzt war, der umfiel und wobei der Knabe das linke Bein brach; ein Kutscher von hier, der hingefallen und einen Knöchelbruch erlitten.

Feuer. In der Nacht zum 1. d. M. geriet in dem Haus Gerbainstraße 100 ein mit Stroh verpackter Gasmeter in Brand. Die Feuerwehr wurde auch nach Gießstraße 20 gerufen, woselbst auf einem Ofen Papier gebrannt hatte.

Diebstähle. Einem Postkassierer wurde auf dem Rinn ein Portemonnaie mit 100 Mk. entwendet. - Einem Knecht wurde im Hauptbahnhof ein grauer Koffer gestohlen, welcher einen Anzug, Hemden und 70 Mk. enthielt. - Eine Frau wurde ein Handtäschchen entzogen, welches ein Portemonnaie mit 10,50 Mk. und mehrere Schlüssel enthielt. - Eine Witwe von der Bäckerstraße wurde auf dem Ring ein Portemonnaie mit 5 Mk. entwendet. - Aus einem Porenraum auf der Gießstraße wurden ein Portemonnaie und ein Winterjackett gestohlen. - In eine Wohnung auf der Sonnenstraße wurde ein Einbruch verübt, indem der Dieb den unvorsichtigen Wirt unter dem Strohdach gelagerten Schlüssel einfach zur Deckung der Tür benutzte. Es fielen ihm 8 Mk. in die Hände. Mehrere Angestellte und Arbeiter hatten er zusammengekauft, aber liegen gelassen, da er anscheinend geflüchtet worden ist und die Fortschaffung dieser Sachen dann nicht war.

Aus Schlesien und Posen.

Ein brutaler Polizist.

Duende Male haben wir an dieser Stelle von Gelbentäten oberhöchlicher Polizisten berichten können, wobei es allerdings oftmals ohne Prozesse gegen die „Volkswacht“ nicht abging. Heute sind wir in der Lage, einen Polizisten dem Forum der Öffentlichkeit zu überliefern, dessen Taten so leicht nicht übersehen werden können. Es handelt sich um den Polizeisergeanten Emil Rindfleisch aus Antonienhütte, der am Dienstag vor der Strafkammer in Zettlitz stand, um sich wegen Amtsvergehens in Zettlitz mit schwerer Körperverletzung in drei Fällen zu verantworten. Im Monat September 1906 kam der Zimmerhauer Rostik in das Bureau der Antonienhütter Amtsverwaltung, um eine Anzeige wegen Diebstahls zu machen. Bevor er sein Anliegen vorbringen konnte, erhielt er von Rindfleisch einen wuchtigen Schlag ins Gesicht. Rostik trug ein blutunterlaufenes Auge davon. Nach ihm wollte der Zimmerhauer Blaszyk einen Hund anmelden; er tat dies in einer etwas lauten Weise, worüber der Angeklagte ärgerlich wurde, beide gerieten in einen Wortwechsel, der dazu führte, daß Rindfleisch den Blaszyk am Kragen packte und abführen wollte. Er brängte ihn in ein Nebenzimmer, zog seinen Säbel und schlug damit auf Blaszyk ein. Dabei wurde dem Blaszyk die rechte Hand, die er zur Abwehr auf den Kopf hielt, vollständig zerfleischt. Zur Heilung waren sechs Monate erforderlich, während welcher Zeit er im Knappschützlazarett zubringen mußte. Wenige Tage darauf wurde der Angeklagte zum Grubenarbeiter Brühl gerufen, der mit seinem Schieberwagen in Streit geraten war. Als er mit einem anderen Polizeibeamten sprach, hatte sich Brühl in zwischen berechtigt und war auf seinem Stuhl in der Stube eingeschlagen. Der Angeklagte wedte Brühl und stellte ihn zur Rede. Brühl erklärte dem Beamten daß er geschlafen habe, und forderte ihn auf, die Stube zu verlassen. Der Angeklagte erklärte danach Brühl für verhaftet. Seiner Festnahme setzte dieser energischen Widerstand entgegen. Der Angeklagte nahm jetzt die Handkette, legte sie dem Brühl über und den Hals und zog sie so fest zusammen, daß dem Brühl die Augen aus dem

Kopfe traten, dann zog der Angeklagte Blau und schlug auf Brühl ein. Durch Zeigenausagen wurde festgestellt, daß der Angeklagte auch noch nicht nachließ, als dem Brühl das Blut aus mehreren Wunden über das Gesicht lief. Dem Gemüthselbsten war es trotzdem gelungen, sich loszureißen. Er lief zur Tür hinaus und wollte auf den Boden fliehen. Im Flur stand der zweite Polizeibeamte, der ihn auf der nach dem Boden führenden Treppe festhielt. Mittlerweile war der Angeklagte hinaufgekommen, der nun sofort wieder seinen Säbel zog und damit so lange auf die Hände des Brühl schlug, bis dieser blutüberströmt und besinnungslos zusammenbrach. Augenzeugen bekunden, daß das Blut des Brühl an den Wänden hinaufgespritzt sei. Die Beamten überließen den in seinem Blute liegenden Mann seinem Schicksal, machten einige Notizen und verließen dann das Haus. Zeugen des Vorfalls hielten einen Arzt, der nicht weniger als zwanzig scharfkantige Stichwunden feststellte und für Ueberführung des Verletzten nach dem Lazarett Sorge trug. Dort blieb Brühl ein halbes Jahr. Dann erst wurde er als geheilt entlassen. Nach dem ärztlichen Gutachten sind beide Hände des Brühl in ihrer Gebrauchsfähigkeit dauernd herabgemindert. Rindfleisch wurde zu nur insgesamt drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die milde Strafe steht in gar keinem Verhältnis zu den begangenen Missethaten. Neugierig sind wir, ob man einen solchen Menschen weiter amütern läßt, oder ihm den verdienten Tritt gibt.

Oslau, 2. Januar. Ein Lichtbilder-Vortrag findet Sonntag, 5. Januar, Nachmittags 5 Uhr, im „Gasthof zur Stadt Dolk“ statt. Es wird „Mar und Moritz“ von Wilhelm Busch zur Vorführung gelangt. Entree: Erwachsene 10 Pf., Kinder 5 Pf. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses künstlerischen Unternehmens, hat zugleich ein großes Vergnügen für die Kinderwelt darstellt, erwarten wir zahlreiche Besuch.

Glogau, 3. Januar. Vom Glogauer Hafen. Verleitet vor einem Jahr hatte der Oberpräsident von Schlesien in seiner Eigenschaft als Chef der Ostpreußenverwaltung dem Minister der öffentlichen Arbeiten den Entwurf zu einem Vertrage vorgelegt, durch den der Stadt Glogau ein Teil des fiskalischen Winterhafens überlassen wird, den sie selbst ausbauen will. Jetzt hat der Minister diesen Vertrag dem Reichstag genehmigt und sich damit mit der Ueberlassung des betreffenden Hafenteils an die Stadt Glogau einverstanden erklärt. Die näheren Bedingungen dieses Vertrages müssen noch zwischen Stadt und Ostpreußenverwaltung festgestellt werden.

Jerquetsch. Der Stellenbesitzer Felbig in Druke hiesigen Kreises war auf dem Domium am 31. Dezember damit beschäftigt, künstlichen Fänger von der Tenne auf Feld zu fahren. Beim Abfahren aus der Scheune kam er nun so nahe zwischen Wagen und Scheunmauer, daß er buchstäblich zerquetscht und das Gehirn bloßgelegt wurde.

Hirschberg, 3. Januar. Großfeuer. Am Donnerstag Nachmittag brach in der Villa von Tischener in Cunnersdorf durch die Unvorsichtigkeit eines Klempners Gasofener aus. Bei der herrschenden Kälte waren die Arbeiter der herbeigeeilten Feuerwehren sehr erschwert. Der ganze Dachstuhl wurde vom Feuer vernichtet.

rr. Neustadt OS., 3. Januar. Eine neue Organisation wurde mit Beginn des neuen Jahres hier ins Leben gerufen, und zwar die der Fabrik-, Land- und Ziegeleiarbeiter. Nach einem vom Arbeiter-Sekretär Hering aus Neuthen OS. gehaltenen, mit wiederholtem Beifall aufgenommenen Referat über die Bedeutung der Organisations im allgemeinen, sowie die Notwendigkeit derselben für die genannten Berufe in besonderen fand eine kurze Diskussion statt. In derselben wurde vom Versammlungsleiter Genossen Hecker noch hervorgehoben, daß gerade die, um die es sich hier vorzugsweise handle, die Ziegeleiarbeiter, einer geradezu menschenunwürdigen Ausbeutung in den hiesigen Betrieben unterliegen und dieselben die heutige Verarmung nicht verlassen sollten, ohne ihren Beitritt zur Organisation erklären zu haben, was auch nach der Versammlung geschah. Nach einem kräftigen und anfeuernden Schlusswort des Genossen Hering wurde sodann die Versammlung geschlossen.

Vom Versammlungsrecht in Oberschlesien! Ein recht eigenartiger Befehl aus einer vom Genossen Hecker an das Landratsamt in Leobschütz gegen die Postverwaltung gerichteten Beschwerde wegen nicht erteilter Bescheinigung gerichtete Beschwerde ging demselben am Neujahrstage zu. Der königliche Landrat.

J.-M. 28601. Leobschütz den 30. Dezember 1907.

Auf die unterm 10. d. M. gegen die hiesige Postverwaltung erhobene Beschwerde wegen Nichterteilung der Bescheinigung über die Anmeldung der am 8. d. M. beabsichtigten Versammlung erwidere ich Ihnen, daß nach den angelegten Ermittlungen die in Rede stehende Bescheinigung seitens der Polizeiverwaltung dem Gastwirt Madewei behufs Zustellung an Sie übergeben worden war. Letzterer hat bei seiner Vernehmung anerkannt, die Bescheinigung erhalten zu haben und bekräftigt die unterlassene Weiterleitung damit, daß Sie sich bei ihm nicht eingefunden hätten und er das Schriftstück verheerlich verlegt habe. Hiernach sehe ich Ihre Beschwerde als erledigt an. Unterschrift unleserlich.

An Herrn Wilhelm Hecker zu Neustadt OS.

Wenn auch der Herr Landrat die Beschwerde für erledigt ansieht, so vermag Genosse Hecker dies nicht einzusehen, da ja die Bescheinigung nicht an den Gastwirt, sondern vielmehr an ihn zuzustellen war, umsoweniger, weil ihm gleich nach erfolgter Versammlungsanzeige die Nachricht aus Leobschütz zuging, daß der bezeichnete Gastwirt die Hergabe des Saales zu jener Versammlung wieder zurückgezogen hatte. Demnach wird die Beschwerde weitergeführt werden.

Dresden, 3. Januar. Die Pöden. Im Kreise Döbeln ist ein weiterer Todesfall infolge Erkrankung an eiten Pöden eingetreten. Im Kreisamtsbureau zu Schreyitz ist eines der beiden kranken Weichwiler Schwestern, ein zweiähriges Kind, am Neujahrstag gestorben. Neuerkrankungen sind in den Kreisen Döbeln, Rattowitz und Tarnowitz nicht zur Anzeige gekommen.

Rattowitz, 3. Januar. Infolge Eintragens von Kohlenoxydgas ist in der Neujahrsnacht das Dienstmädchen Dörfler erkrankt. Ein zweites Mädchen, das in demselben Zimmer schlief, hat keinen Schaden erlitten.

Rattowitz, 3. Januar. Markt- und Pflanzenfische. Unter dem Rindvieh der russischen Ostschlesien Döbeln und Umgebungen, gegenüber von Ramin, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Der Landrat des Kreises Rattowitz hat demzufolge die Sperre der Grenze für Milch, loses Vieh, Stroh und Heu auf dem Schienenwege über Radeburg-Schöps-Witzschowitz sowie über Coschowitz-Radeburg und ferner für Gänse auf dem Landwege über Radeburg und Witzschowitz angeordnet.

Pösch, 2. Januar. Der Wahlkreis Pösch-Rybnitz sind noch diesen Monat einen neuen Reichstagsabgeordneten bekommen. Die Ersatzwahl für den Pfarrer Stowronsky soll am 28. Januar d. J. stattfinden. Zum Wahlkommissar ist Landrat v. Seckling ernannt worden.